Bezugspreis vierteljährlich: in Münster 3 mal täglich frei ins Haus gebracht 1 Mark 50 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 1 Mark 50 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wo nur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 1 Mk. 92 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 22 Pfg.

Drahtadresse: Volkszeitung Münsterwestf.
Fernspr.: Redaktion (Klosterstr. 31/32) Nr. 264 u. 23.
Fernspr.: Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 78.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. und Münsterische Volkszeitung. 34090 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 2,4 mm hoch, 25 Pf.; bei Anzeigen aus dem R.-Bz. Münster 20 Pfg., aus der Stadt Münster 15 Pfg. (für Aktiengesellschaften ꝛc., Vereine und Behörden 25 Pfg.). Reklamen: Der Raum für die Reklamenspalte, 87 mm breit, 2,4 mm hoch, 1 Mk. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen vier Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht.

Erste Ausgabe. 1. Blatt. Donnerstag, 21. März 1912. 61. Jahrgang. Nr. 208.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage

‡ **Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn** dürfte am kommenden Donnerstag einstimmig zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages gewählt werden. Als solcher ist er auch Vorsitzender des Reichsausschusses der Zentrumspartei. Man wird in allen Zentrumskreisen diese Wahl als selbstverständlich ansehen.

+ **Ein Entwurf über eine Reform der Fahrkartensteuer** ist im Eisenbahnministerium seit längerer Zeit fertiggestellt, wird dem Reichstage vorläufig aber nicht zugehen. Voraussichtlich werden im Laufe des Sommers über die Reform der Fahrkartensteuer noch Verhandlungen mit den einzelnen Bundesstaaten stattfinden.

Aus dem Landtage

Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses nahm heute einen nationalliberalen Antrag an, wonach die Erhebung der Zuschläge zur Einkommensteuer als vorübergehende Maßregel anzusehen ist, die bis zur Neuordnung der Tarife in Geltung bleiben wird. Der Paragraph wonach die Steuerpflicht mit einem Einkommen von 900 Mark beginnt, wurde unverändert angenommen.

Sachsen und die Erbschaftssteuer.

Dresden, 20. März. **(Drahtb.)** In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer erklärte der Finanzminister auf eine Anfrage: Die Zeitungsnachricht, nach welcher Sachsen im Bundesrat gegen die Erbschaftssteuer sich ausgesprochen hat, ist unrichtig; die Regierung trat jetzt wie im Jahre 1909 für die Erbschaftssteuer ein und zwar in der Hauptsache in derselben Form, wie sie damals vorgelegt wurde, nur mit einigen Verbesserungen. Ich habe mich aber dagegen gewendet, daß jetzt eine andere Art der Steuerverwendung vorgeschlagen wurde, die aus staatsrechtlichen Gründen unangabar erschien. Es ist also keine Wandlung in der Auffassung der sächsischen Regierung eingetreten.

♂ In der Frage der Festlegung des Osterfestes

hat die Reichsleitung mehrere Staaten um eine Meinungsäußerung ersucht. Wie die „Tägliche Rundschau" hört, sind die eingelaufenen Antworten zum Teil zustimmend, zum Teil ausweichend ausgefallen. Nur Italien und Rußland sind nicht geneigt, einer Festlegung des Osterfestes zuzustimmen, und wollen auch keine Vertreter zu einer internationalen Konferenz, die unsere Regierung angeregt hat, entsenden.

Zum Rücktritt Wermuths.

Berlin, 20. März. **(Drahtb.)** Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: Die „Nationalztg." machte in ihrer gestrigen Nummer eine Andeutung, als ob der Rücktritt des Staatssekretärs Wermuth eine zwischen dem Reichskanzler und dem Zentrum abgekartete Sache gewesen wäre. Wermuth habe vor acht Tagen noch nicht gewußt, daß längst alles abgemacht worden sei; in der Redaktion der „Germania" sei man über sein nahes Schicksal besser informiert gewesen, als er selbst. Das Blatt spricht in diesem Zusammenhang von einer ungeheuerlichen Provokation, worin sich die Politik des Reichskanzlers gefalle. — Alles, was hier gesagt ist, ist dreiste Erfindung.

Sensationelle Gerüchte.

Die Köln. Ztg. veröffentlicht folgendes anscheinend offiziöse Berliner Telegramm:

Die Rede des englischen Marineministers hat in deutschen Blättern vielfach eine widersprechende Beurteilung gefunden. Während die einen sich mit der Offenheit einverstanden erklären und nur an Einzelheiten etwas auszusetzen haben, wird von anderen die Rede aufs schärfste getadelt und sogar als eine Art Herausforderung bezeichnet, auf die man nur durch energische Flottenrüstungen antworten könne. Diese pessimistische Auffassung wird von den für die deutsche Politik maßgebenden Stellen nicht geteilt. Man erblickt hier in dieser Rede weder eine Herausforderung oder Drohung noch auch die Absicht, die zwischen Deutschland und England schwebenden Verhandlungen zu erschweren. Allerdings zeigt sich in der Rede in schärfster Weise der Unterschied zwischen der deutschen und englischen Auffassung der Marinefrage. Der Ausbau der deutschen Flotte ist lediglich erfolgt nach Gesichtspunkten des eigenen Bedürfnisses und nicht mit Rücksicht auf die Stärkeverhältnisse anderer Flotten. Genau so, wie wir unsere Landmacht nach unseren eigenen Bedürfnissen eingerichtet haben, ohne ihre Ausgestaltung eine Spitze gegen diese oder jene Macht zu geben, genau so verhält es sich mit der deutschen Flotte. Die ganz anders geartete englische Auffassung tritt nun sehr klar in den Ausführungen des englischen Ministers hervor, der die Stärke einer Flotte lediglich nach den Zahlenverhältnissen anderer Flotten bemessen will. Nicht das Bedürfnis Englands, sondern die Stärke der fremden Flotten ist für ihn maßgebend. Es ist das eine festeingewurzelte englische Auffassung, und es ist deshalb nicht unerklärlich, daß man in England für die abweichende deutsche Methode kein rechtes Verständnis aufbringt und sich das Wachsen der deutschen Flotte nur als eine Bedrohung fremder Mächte erklären kann. Dieses Mißverständnis ist bedauerlich, aber man kann trotzdem dem englischen Minister nur dankbar dafür sein, daß er den englischen Standpunkt in so klarer und jede Mißdeutung ausschließender Weise dargelegt hat. Er hat dabei die englischen Interessen vertreten oder das, was er nun einmal für die englischen Interessen hält, und weder aus dieser Tatsache noch aus dem Tone der auf Deutschland bezüglichen Ausführungen ist die Absicht einer Bedrohung oder Herausforderung zu entnehmen.

Um das zu tun, muß man schon etwas nervös sein, und der gestrige Tag scheint ganz besonders unter dem Zeichen hochgradiger Nervosität und Einbildungskraft gestanden zu haben. Eine Reihe der gestern aufgetauchten Gerüchte, die sich teils an die Nachrichten von der Aufschiebung der Kaiserreise nach Korfu, teils an die Rede Churchills knüpften, haben wir gestern auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Gegen Abend ist es dann noch schlimmer geworden, und eine Anzahl Blätter operierte mit mehr oder minder umfassenden Ministerkrisen. Herr von Kiderlen sollte seine Entlassung erbeten haben, die Stellung des Staatssekretärs Delbrück wurde als gefährdet hingestellt, und auch der Reichskanzler sollte, an der gedeihlichen Weiterführung seines Amtes verzweifelnd, seine Entlassung gegeben haben. Auch für einen Nachfolger war bereits gesorgt, und zwar sollte es der Großadmiral v. Tirpitz sein, dem es vielleicht gar nicht erwünscht sein mag, daß sein Name in diesem Zusammenhang genannt wird. Offenbar haben diese Gerüchte an den Rücktritt des Staatssekretärs Wermuth angeknüpft, und es hat eine lawinenartige Vergrößerung stattgefunden, für die in den wirklichen Verhältnissen gar kein tatsächlicher Anhalt vorhanden ist. Der unruhige Gang der Politik, der die Kaltblütigkeit der Deutschen im letzten Jahre vielfach auf eine harte Probe gestellt hat, trägt zweifelsohne eine Mitschuld an der vorhandenen nervösen Gereiztheit. Es ist aber ebenso außer Zweifel, daß auch Leichtfertigkeit in der Sensationslust der Entstehung und Vergrößerung solcher Gerüchte nicht ferngestanden haben. Wie unberechtigt sie waren, erhellt am besten aus der Tatsache, daß ihr Ausgangspunkt, die ins Auge gefaßte Verschiebung der Kaiserreise, jetzt ganz und gar hinfällig wird. Nachdem der Ausstand der Bergarbeiter unter der Mißbilligung des weitaus größten Teiles der öffentlichen Meinung und unter der Fernhaltung der nicht auf die reine Sozialdemokratie eingeschworenen Arbeiter zusammengebrochen ist, wird die Reise voraussichtlich ganz nach dem alten Programm oder höchstens mit ein oder zwei Tagen Verspätung angetreten werden.

⊡ **Darmstadt**, 20. März. **(Eig. Drahtb.)** Im Namen des hessischen Ministeriums gab Geheimrat Dr. Becker bei der heutigen Schlußberatung des hessischen Hauptvoranschlages die Erklärung ab, daß die Regierung der Aufhebung der Branntweinliebesgaben zustimmen, aber auch in Erwägung ziehen werde, ob nicht durch Übergangsbestimmungen eine Schädigung der kleineren und mittleren Brennereien vermieden werden könne.

Bamberg, 20. März. Das Befinden des seit langer Zeit erkrankten Erzbischofs Abert hat sich seit gestern verschlimmert. Die Auflösung wird stündlich erwartet.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Wien, 20. März. **(Drahtb.)** Der Deutsch-Nationale Verband beschloß mit überwiegender Mehrheit, einzuwilligen, daß nach Erledigung der laufenden Tagesordnung die erste Lesung des Fliegerkorpsgesetzes und der Wasserstraßenvorlage auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gesetzt werde. Infolge des Beschlusses in der Wasserstraßenvorlage, womit der Nationale Verband den Wünschen des Polenklubs entgegen kommt, trat der deutsch-radikale Wolf aus dem Nationalverband aus.

Frankreich.

Paris, 19. März. Die Deputiertenkammer debattierte heute über einen Ergänzungskredit von ungefähr 60 Millionen Franks für die militärischen Operationen in Marokko. Driand sagte, er mache sich Sorge über den Wert, welchen man den scherifischen Truppen zuschreibe. Frankreich müsse französische Streitkräfte organisieren. Kriegsminister Millerand erklärte, Frankreich müsse in dem Augenblick, wo es darum gehe, das Protektorat zu errichten, alle zur Verfügung stehenden Mittel anwenden. Es werde Marokkaner zum Kriegsdienst annehmen, aber die aus ihnen rekrutierten Streitkräfte würden ausschließlich den französischen Interessen dienen. Auf eine Anfrage Raffin-Duaens, ob die Höhe des Kredits im Budget berücksichtigt sei, erwiderte Ministerpräsident Poincaré, die Regierung betrachte es einstimmig als unmöglich, im voraus die notwendigen Kredite zu bestimmen. Man müsse für das nächste Jahr genau die gleiche Summe wie für dieses Jahr vorsehen, aber die Regierung könne sich nicht verpflichten, sie nicht zu überschreiten. In Erwiderung einer Anfrage des Sozialisten Thomas führte Kriegsminister Millerand aus, die Tätigkeit des Sanitätsdienstes habe sich erheblich gebessert. Die Impfung gegen Typhus, die glänzende Resultate ergeben habe, würde in noch größerem Umfange fortgesetzt werden. Die Vorlage wurde mit 425 gegen 70 Stimmen angenommen.

Italien.

Rom, 19. März. Wie die Blätter melden, empfing der Papst eine Abordnung des Sprengels der Kirche von San Camillo, wo gestern ein Dankgottesdienst für die glückliche Errettung des Königs stattgefunden hat. Auch die Königin-Mutter und der Herzog von Genua hatten an dieser Feier teilgenommen. Der Papst habe bei diesem Empfange zum Fürsten Barberini geäußert, er freue sich lebhaft mit ihm, daß er bei der Feier, in welcher Gott für die Errettung des Königs und der Königin aus der Gefahr Dank abgestattet wurde, die Kirche so gut vertreten habe.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 20. März. **(Drahtb.)**

Am Ministertische Kultusminister v. Trott zu Solz.

Präsident Frhr. v. Erffa eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Die Beratung des

Kultusetats

wird beim Kapitel „Oberkirchenrat" fortgesetzt.

Abg. **Kopsch** (Fortschr. Vpt.): Wir erwarten, daß die Prozesse gegen liberale Geistliche im Interesse des religiösen Lebens der evangelischen Kirche eingeschränkt werden. Derartige Prozesse tragen nicht dazu bei, das religiöse Leben zu vertiefen. Große Beunruhigung rief in weiten evangelischen Kreisen die Anwendung des Irrlehregesetzes gegen den Pfarrer Jatho hervor. Der Minister möge darauf hinwirken, daß solche Männer der Kirche erhalten bleiben. Gegen den Pfarrer Traub ist man vorgegangen, obwohl in dem Prozesse gegen ihn anerkannt worden war, daß er Hervorragendes geleistet hat. Der Oberkirchenrat möge etwas weniger nervös sein gegen derartige Männer, die sich um unser Kulturleben verdient gemacht haben.

Abg. **Runze** (Fortschr. Vpt.): Leider werden die orthodoxen Pfarrer gegen die liberalen noch immer bevorzugt. Der Synodalvorstand ist veraltet. Wir verlangen ein freieres kirchliches Wahlrecht. Die Machtvollkommenheit des Ministeriums gegenüber den beiden übermächtigen Instanzen: Oberkirchenrat und Generalsynode, muß gestärkt werden. Wir können nicht billigen, daß im Spruchkollegium der Präsident des Oberkirchenrates zugleich Kläger und Richter ist.

Kultusminister **v. Trott zu Solz**: Die Vorredner, die Wünsche bezüglich der Generalsynode und des Oberkirchenrates geäußert haben, mögen sich an die zuständigen Stellen wenden, damit diese sich darüber schlüssig werden können. Wenn gewünscht wird, ich möchte eine moralische Einwirkung auf den Oberkirchenrat ausüben, so erinnere ich daran, daß die Kirchenbehörden selbständig gestellt sind, und daß die Staatsbehörden keinen Einfluß auf sie auszuüben haben. Ich muß es daher ablehnen, einen Druck auf die Entscheidung des Oberkirchenrates auszuüben. Ich würde dadurch in die gesetzlich gewährleistete Selbständigkeit der Kirche eingreifen.

Abg. **Hoffmann** (Soz.): Wir halten es für unmoralisch, daß eine Kirchensteuer verlangt wird von Leuten, die aus der Kirche ausgetreten sind. Das Volk hat längst die Fühlung mit der Kirche verloren. Es ist erbittert, wenn es für eine verlorene Sache Steuer bezahlen soll.

Abg. **Hackenberg** (natl.): In der evangelischen Kirche sitzt man niemals Gericht über den persönlichen Glauben des einzelnen. Für die Diener der Kirche gibt es aber keine schrankenlose Lehrfreiheit, denn durch eine solche würde der Organismus der Kirche zerstört. Den Geistlichen wird ein solches Maß von Freiheit gelassen, wie es im Interesse der christlichen Gemeinschaft möglich ist. Andererseits wird die Kirche eine Bindung ausüben müssen insofern, daß ihre Diener mit ihrem Gewissen ihr zustimmen können. Das neue Kirchengesetz, nach welchem das Disziplinarverfahren beseitigt wird, bedeutet einen großen Fortschritt. Ich muß die Angriffe auf das Spruchkollegium, das so zusammengesetzt ist, daß es sich der gesamten Kirche verantwortlich weiß, auf das entschiedenste zurückweisen. (Beifall.)

Abg. **Winckler** (k.): Den Ausführungen des Ministers über das Verhältnis der Staatsbehörde zur Kirche stimmen wir zu. Dem Abg. Hackenberg sind wir dankbar für die maßvolle Art, mit der er diese Kirchenfrage behandelt hat.

Abg. **Hammer** (k.) wiederholt die bereits in der ersten Lesung vorgebrachte Beschwerde, daß durch den umfangreichen Gärtnereibetrieb der Berliner Stadtbehörde den Gärtnern erhebliche Konkurrenz gemacht werde.

Unterstaatssekretär **Chappuis** sagt Prüfung zu.

Abg. **Heine** (natl.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Hammer an.

Abg. **Dionysius** (k.) wünscht den baldigen Neubau einer evangelischen Kirche in Gnesen.

Abg. **Rambohr** (fk.): Wir erkennen dankbar an, daß das neue Kirchenrecht das Disziplinarverfahren beseitigt hat. Die Eisenacher Kirchenkonferenz hat sich segensreich im Interesse der Einigkeit erwiesen.

Abg. **Lüders** (fk.) bittet den Minister um Einschränkung des von den Vorrednern erwähnten Gärtnereibetriebes.

Nach kurzen Ausführungen mehrerer Abgeordneter wird das Kapitel bewilligt, ebenso das Kapitel „evangelischer Kirchenrat".

Bei Kapitel „Provinzialschulkollegium" beklagt

Abg. **Hintzmann** (natl.), daß der Erlaß des Ministers betr. die Entlastung der Lehrer vom Schreibwerk bei den Provinzialschulräten nicht zur Durchführung gelangt sei.

Abg. **Siebert** (k.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. **Eickhoff** (Fortschr. Vpt.) tritt für eine Besserstellung der Schulräte ein und begrüßt den Erlaß des Ministers betreffend die Entlastung der Lehrer vom Schreibwerk.

Abg. **Hoff** (Fortschr. Vpt.) wünscht eine Verbesserung der Präparandenanstalten und Seminare in der Weise, daß beide Anstalten zu einem sechsklassigen Seminar zusammengezogen werden.

Beim Kapitel „Elementarunterrichtswesen" führt

Abg. **Iderhoff** (fk.) aus: Die Überfüllung der Klassen muß beseitigt werden. Die Ortszulagen, deren Verteilung immer ungleichmäßiger werde, habe eine Zufriedenheit unter den Lehrern nicht herbeigeführt und seien daher ungeeignet, die Landflucht der Lehrer zu beseitigen. Einen Seminarkursus für Lehrer an der Universität zu Münster bearüßen wir. Im allgemeinen erkennen wir die gesunde Entwickelung des Volksschulwesens an.

Abg. **Heß** (Zentr.): Das sozialdemokratische Schulprogramm, wonach Klassen von etwa 10 Schülern gefordert werden, ist finanziell völlig undurchführbar. Wollen Sie (zu den Sozialdemokraten) Geld hierfür aus den Wolken nehmen? (Abg. Hoffmann ruft: Aus Kirchenvermögen! Heiterkeit.) Ebenso unannehmbar ist das sozialdemokratische Programm in ideeller Beziehung, daß nämlich die Religion aus der Schule beseitigt wird. Leider lockert die maßgebende Presse des deutschen Lehrervereins den Boden für diese sozialdemokratische Anschauung. Meinen anderen Antrag, den Volksschullehrern die Ausübung der Jagd ohne Genehmigung der vorgesetzten Behörde zu gestatten, bitte ich anzunehmen.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. März. **(Drahtb.)**

Am Bundesratstische Dr. Delbrück und Dr. Bumm.

Präsident **Kaempf** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Die Beratung des

Etats des Innern

ward beim Kapitel Gesundheitsamt fortgesetzt.

Abg. **Burckhardt** (Wirtsch. Vgg.): Der Schluß der gestrigen Abendsitzung hat wieder einmal gezeigt, daß, wenn man einem Juden zu nahe tritt, man dann die ganze Judenschaft entflammt. Was dem jüdischen Medizaner passiert ist, widerfuhr kürzlich auch einem christlich-nationalen Kandidaten bei liberaler Verwaltung des Krankenhauses. Ich danke dem Staatssekretär für seine Erklärung. Eine schärfere Weinkontrolle ist wünschenswert. Anzuerkennen ist, daß das neue Weingesetz erhebliche Vorteile gebracht hat. Die Resolution des Zentrums auf Einführung der vollen Arbeitsruhe in den Metallhütten und Walzwerken an hohen Festtagen unterstützen wir. Wie steht es mit der Regelung des Apothekenwesens?

Staatssekretär Dr. **Delbrück**: Über eine Änderung des Apothekengesetzes, die durch Gesetz erfolgen muß, schweben gegenwärtig Vorverhandlungen. Ich werde mich alsbald mit den zuständigen Stellen in Verbindung setzen.

Abg. Graf **Posadowsky** (wild): Die Anwendung des Chlorkali hat ernste Übelstände herbeigeführt, sowohl für die Bevölkerung, wie für die Landwirtschaft, Fischerei und Industrie.

Die Chlorkalifabriken führen ihre Laugen, die auch Magnesium enthalten, in die ihnen benachbarten Flüsse. Die Brunnen werden vielfach durch die Flüsse gespeist. Tatsache ist, daß das dortige Trinkwasser einen starken Chlorgeschmack hat. Das führt zu den größten Bedenken. Bei der Industrie entstehen dadurch, daß diese Wässer den Ansatz von Kesselstein in großen Mengen herbeiführen nicht zu unterschätzende Explosionsgefahren und Betriebsschädigungen. Ein Eingreifen der Reichsgesetzgebung ist unbedingt notwendig.

Staatssekretär Dr. **Delbrück**: Mir sind die erheblichen Übelstände in diesen Dingen nicht entgangen. Reichsgesetzlich ist diesen Übelständen nicht Herr zu werden. Ich hoffe, daß eine Verständigung zwischen den Einzelstaaten die Übelstände beseitigen wird.

Abg. **Brey** (Soz.): Eine Änderung der ärztlichen Prüfungsordnung ist auch uns erwünscht. Wo bleibt das seit Jahren versprochene Nahrungsmittelgesetz? Viele Erscheinungen der neuen Zeit, auch die Methylalkoholvergiftungen, machen das Gesetz dringend notwendig. Wir verlangen weiter in unserer Resolution, daß in den die Gesundheit gefährdenden Fabriken die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen bei Abstellung der Mißstände gesetzlich festgelegt wird. Das trifft besonders für Giftarbeiter und Bleiweißfabriken zu.

Ministerialdirektor **Caspar**: Unsere chemische Industrie hat mustergültige Einrichtungen für den Arbeiterschutz, wie sie in keinem anderen Lande der Welt zu finden sind. Das hätte dem Abgeordneten Brey nicht entgehen sollen. Die Bleiweißfabriken bilden fortgesetzt den Gegenstand eifrigster Untersuchungen seitens der einzelnen Landesregierungen.

Abg. **Hepp** (natl.): Der deutsche Bauer hat die Fleischversorgung des Volkes sehr gefördert, da ⅔ des Bedarfs von unserer Landwirtschaft gedeckt wird. Nun ist es nötig, durch einen mäßigen Schutzzoll und einen scharfen Grenzzoll dem Bauernstand weiter zu helfen.

Abg. **Fischbeck** (fortsch. Vpt.): Den unteren Bevölkerungsschichten sollte man entgegenkommen, indem man das ausländische Gefrierfleisch zuläßt. Die bäuerliche Produktion leidet dadurch keinen Schaden. Natürlich darf man das aus-

---

23)

Die arme Prinzessin.

Roman von Fedor von Zobeltitz.

„Ich kenne Ihre Geschichte. Die Veltens waren Burgrafen im Clevischen; sie hatten Sitz und Stimme im alten Reichstag, sie sprachen mit bei der Königswahl, sie saßen auf der Grafenbank; ein Dynastenhaus ist ihnen entsprossen. Aber die Zeit zernagt auch den Purpur. Sie sind der Letzte geblieben. Aus den Grafen wurden Freiherrn, und Ihnen wurde auch der Freiherrntitel zu viel. Ich glaube, daß ich in Ihrer Seele lesen kann. Der letzte Velten wollte ein frisches Reis pfropfen auf den sterbenden Stamm: da schnitten Sie ab, was die Triebkraft hindern konnte. . . . Aber, Velten, es fiel Reif auf den jungen Trieb. Es war keine glückliche Stunde, die Sie nach Gotternegg führte. . . ."

Der Kandidat strich mit der Rechten über seine hohe, etwas vorspringende und eckige Stirn. Da schwand die Falte, die auf ihr gelegen hatte, und es wurde ganz hell in dem klugen und guten Gesicht. „Herr Herzog, es hat manche Stunde gegeben, in der mir bange wurde und ich fragte mich: was soll werden, wenn du immer nur an andere denkst und am wenigsten an dich selbst? Ja, solche Zeiten kamen, denn ich bin eine gesunde Natur und frei von altruistischer Empfindsamkeit. Aber gerade deshalb bin ich geblieben — aus Egoismus, aus dem Gefühl heraus, daß ich ein unglücklicher Mensch werden würde, wenn ich Gotternegg verlassen müßte. Durchlaucht haben gehört, was Jost vorhin sagte: ein Teil von ihm sei ich, ein Stück seiner Seele. Das bin ich, ich habe nichts auf der Welt, aber ich habe ihn. Er gehört mir — ja, er ist mein. Als ich hierher kam, war er ein Kind; ich habe ihn erzogen; ich habe sein Innerstes erschlossen, ich kenne jede seiner Regungen, ich weiß, was er denkt und fühlt, er ist mir mehr als Sohn und Bruder und Freund. Ich möchte bei ihm bleiben, so lange es möglich ist. Er bedarf meiner, Durchlaucht, es steckt viel Gutes in ihm, das will noch geweckt werden und soll treiben. Er wird kein Held werden unter dem Fürstenhut, und vielleicht dennoch ein Held. Sie sprachen von ihm als unserm blassen Stillsitzer und ich wiederholte das. Aber so Gott will, wird sich die Blässe in die frische Farbe der Gesundheit wandeln; manches ist schon erreicht, viel wird noch zu erreichen sein. Und da komme ich auf einen Punkt, den ich ungern berühre. Aber mein Widerstreben nützt nichts, ich muß Eurer Durchlaucht die Wahrheit sagen. Der amerikanische Goldstrom wird sich vielleicht über Gotternegg ergießen, doch nicht über meinen Jost. Über ihn gewiß nicht; wie ich ihn kenne, wird er jedwede Unterstützung von jener Seite strikte ablehnen. Und — und, Durchlaucht — die beiden Kinder werden größer und die Ansprüche wachsen, und wenn nicht die Ansprüche, so doch die Pflichten der Erziehung!" . . . Er brach plötzlich ab und blieb mit starkem Aufatmen stehen. Man merkte ihm an, wie schwer es ihm wurde, diese heikle Frage zu berühren.

Der Herzog galt für geizig; jedenfalls war er kleinlich in Geldsachen — bis zu einem gewissen Punkte. Er konnte zögern und handeln und schachern, um dann auf einmal mit voller Hand zu geben. So wurde auch jetzt sein Gesicht finster, und er wiegte den mächtigen Landsknechtskopf hin und her. „Hm," sagte er mit knurriger Stimme, „ein Drittel der Überschüsse aus Gotternegg sind für die Erziehung der Minderjährigen bestimmt —"

„Durchlaucht, die Überschüsse sind durch die notwendig gewordenen Abschreibungen so minimal geworden, daß sie kaum für die Bedürfnisse des Fürsten genügten."

„Sapperlot, wovon lebt ihr denn hier?"

„Ich habe seit langem gehofft, Euer Durchlaucht würden einmal darnach fragen. . . ." Velten ärgerte sich über die absichtliche Blindheit des alten Herrn. . . . „Wovon wir leben? Madame Balfour kann darüber berichten, auch Beyfuß. Aber das Leben ist das wenigste. Es schadet nichts, daß die Armut mit uns zu Tische sitzt und daß sich Prinz Jost ein paar Hosen von mir ändern lassen mußte, um seinen fürstlichen Bruder empfangen zu können —"

„Daß dich die Schwerenot!" fluchte der Herzog.

„Ganz richtig, Durchlaucht: es ist zuweilen eine schwere Not. Aber sie tut uns nicht viel, soweit sie das Materielle betrifft. Prinzeß Annemarie ißt einen Teller Dickmilch ebenso gern wie Rehhuhnpastete, und Prinz Jost schlüpfte mit fröhlichem Lachen in meine Hosen hinein. Die Armut ist auch eine Macht; sie klärt die Seelen und stärkt den Charakter. Ich würde kein Wort darüber verlieren, kämen nicht Erziehungsfragen in Betracht —".

„Verstehe," brummte der Herzog. „Es wird ja nun anders. Volko bedarf der Überschüsse nicht mehr; da können sie gänzlich für die Geschwister verwendet werden."

Es zuckte grimmig um die Augen Veltens. „Geizhals" wollte er sagen. Aber er lächelte nur. „Die Überschüsse verbleiben bis auf ein Drittel dem Fürsten," erwiderte er, „daran ist nichts zu ändern. Außerdem kennen Euer Durchlaucht unsern Rentmeister schlecht. Wenn er ein paar tausend Mark übrig hat, konstruiert er die absolute Notwendigkeit, irgendwo eine neue Scheune zu bauen, ein Dach aufzusetzen oder eine Drainage anzulegen. Nur eine freie Hand kann uns helfen. . . ." Einen Augenblick pausierte er; dann spielte er seinen letzten Trumpf aus. . . . „Auf die Zahlung unserer Gehälter haben wir seit länger als Jahresfrist nicht gedrungen. Aber wir bedürfen ihr zur Lebensführung. Ich habe bereits ein kleines ererbtes Kapital in die Masse geworfen —".

„Was?" schrie der Herzog, „Sie haben Ihre paar Kröten geopfert?"

„Ich war so frei, Durchlaucht —". — „Aber das ist ja eine niederträchtige Wirtschaft!" — „Gegen die Wirtschaft an sich läßt sich nichts sagen, das Niederträchtige liegt in den Verhältnissen."

„Na also, Velten, das geht so nicht weiter. Ein Onkel ist zwar nur ein Onkel, und unsere Verwandtschaft mit den Gotterneggs datiert über einen Scheffel Erbsen. Aber knausrig sein will ich auch nicht —".

„Das war's, was ich zu hören wünschte, Durchlaucht." — „Kommen Sie morgen zu mir — abends, zwischen sechs und sieben. Wir wollen einen Rehbock schießen und dabei die Sache besprechen. Wir haben sowieso . . . ja, wir haben sowieso noch allerhand miteinander zu reden. . . . Herr von Velten, ich weiß nicht: wenn ich Sie wäre, ob ich da geradeso handeln würde. Aber das kann ich Ihnen sagen: ich habe den allerhöchsten Respekt vor Ihnen — auch davor, wie Sie mich zu nehmen verstehen. Ich habe verschiedene schwache Seiten, und die wissen Sie resolut zu packen. Das freut mich. . . ." Er war wieder vorm offenen Fenster stehen geblieben. . . . „Ist der Esel, der Bozenhardt, denn noch nicht da?" brüllte er hinaus.

„Sum loco," rief eine knasternde Stimme zurück.

Der Herzog machte zuerst ein erstauntes Gesicht, dann schmunzelte er und dann lachte er hellauf. „Haben Sie gehört, Velten?" fragte er. „Sum loco, schreit das Kamel. Das ist ein etwas fragwürdiges Latein, und ich taxiere, der Beyfuß hat es ihm einstudiert. Wenn Bozenhardt weitersauft, kann er über Jahr und Tag den Cornelius Nepos übersetzen. . . ."

Unten stand die Digestionskarrete des Herzogs, und auf dem Bock saß Bozenhardt, die Zügel in der Hand, und sah sehr verschmitzt aus. Aber das „sum loco" stammte nicht von dem Herrn Schloßintendanten, sondern Bolko hatte es ihm zugeflüstert. Der war in rosigster Laune, hatte in seinem Mutwillen den beiden Braunen des Onkels ein paar glührote Gerginen hinter die Ohren gesteckt und zeigte Annemarie soeben, wie man neuerdings bei Hofe die Gavotte der Königin tanze. Dabei mußten Beyfuß und Max, der grüne Groom, ein Paar bilden, was sie auch taten, doch nicht so recht mit dem Anstand, den die Gavotte der Königin verlangte. Max zitterte schon wieder und war angstbeklommen, und Beyfuß fand die Sache seiner nicht würdig. Aber Annemarie tänzelte munter über den Kies, hielt das Röckchen gespreizt und machte vor Max ein unendliches Rokokokompliment. Max wurde rot, indes ein Ausdruck unbeschreiblicher Dummheit sein Gesicht beherrschte, und Beyfuß wurde immer ernster. „Finale!" rief Bolko endlich; die Madame kam, und da mußte die Etikette gewahrt werden. Es kamen auch Jost und Otto, und endlich erschienen Herrfurth und Velten in der Tür.

„Gib mir die Flosse!" schrie der Herzog Bozenhardt an. An der Hand des Kutschers wuchtete sich der Alte in den Wagen; Max sollte helfen, aber er schob nur von hinten nach; es war anstrengend und ging nicht recht, und um seine Geistesgegenwart darzutun, stemmte Max seine rechte Schulter wider die Rückenverlängerung der Herzogs und arbeitete gleichwie mit Hebelkraft. Das gefiel dem Alten. Er griff in die Westentasche, um dem neuen Boy ein Fünfgroschenstück zu schenken, aber zwischen Vorsatz und Tat drängte sich die Überlegung, und da ließ er es. Ein Lobwort schien ihm genügend zu sein. „Ein famoser Bengel, euer Gründube," rief er vom Wagen herab; „Bolko, der muß deiner Frau bei der Hochzeit die Schleppe tragen! Beyfuß, vergeßt mir nicht den Krabbelandiewand! Au revoir, chère madame! Adieu, Jungens, adieu, Klein-Annemarie, dein Rad schenk' ich dir, wenn du mir „Des Sängers Fluch" von rückwärts deklamieren kannst. Adieu, Velten, adieu allesamt . . ." und plötzlich fiel sein Blick auf Otto . . . „wer ist denn das?" fragte er.

(Fortsetzung folgt.)

ländische Fleisch bezüglich der Kontrolle nicht besser behandeln als das inländische.

Abg. Baumann (Zentr.): Im Weinhandel bestehen durch die Einfuhr ausländischer Dessertweine, die im allgemeinen unter falscher Flagge segeln, große Mißstände. Im Interesse unseres mittelständlerischen Weinbaues ist es nötig, den ausländischen Weinbau nicht zu begünstigen. Eine scharfe Grenzkontrolle ist da geboten. Von unserer Resolution ziehen wir den Passus zurück, daß die Stundung des Einfuhrzolles für Wein aufgehoben wird.

Geheimrat von Stein: Mit Befriedigung kann ich feststellen, daß alle Redner anerkannt haben, daß das Weingesetz im großen und ganzen gelungen ist und sich bewährt hat. Dem Wunsche, daß die Nahrungsmitteluntersuchungsstelle sich auch mit der Weinkontrolle befassen möge, ist im ganzen Deutschen Reiche entsprochen worden. Die Kontrolle an der Grenze soll unzulänglich sein. In der Verallgemeinerung trifft dieser schwere Vorwurf nicht zu, ihn mit Tatsachen zu belegen wird niemand gelingen. Diese ausländischen Weine scharf zu fassen und sie von der Einfuhr abzuschließen ist recht schwierig, wenn sie den Anforderungen unseres Gesetzes entsprechen.

Geheimrat von Stein: Auf den bloßen Verdacht ist die Zurückweisung nicht möglich. Wo eine Fälschung nachgewiesen ist, wird der Wein unter diesen Umständen zurückgewiesen.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Bumm: Was die Änderung des Fleischbeschaugesetzes anlangt, so ist festgestellt worden, daß niemand behaupten kann, das ausländische Fleisch werde strenger behandelt von der Fleischbeschau als das inländische. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ein unbedingtes Vertrauen zu den ausländischen Fleischbeschauern können wir nicht haben bei Büchsenfleisch und Würsten. Es ist eine Kontrolle von vornherein ausgeschlossen, man müßte sich auf ausländische Atteste verlassen, und das geht nicht. Nun sagt man, die Einfuhr von gefrorenem Fleisch sei unmöglich gemacht dadurch, daß auch innere Organe der Sendung beigefügt werden müßten. Neuerdings sind auch amerikanische Hammel in gefrorenem Zustande nach Berlin und Bremen importiert worden, und auch da haben die beigelegten Organe sich als gut und einführungsfähig erwiesen. Von einer Unterernährung im deutschen Volke wegen Mangels an Fleisch zu sprechen, ist ein Unfug. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Der beste Verlaß ist immer noch auf die inländische Produktion. (Sehr richti! rechts.) Deshalb darf man die inländischen Schiedsrichter nicht kopfscheu machen in der Produktionsfreudigkeit. Das beste und gesundeste Fleisch wird immer dem deutschen Volke geliefert werden wenn wir die Tiere ungeschlachtet untersuchen können. Redner geht sodann auf die im Reichsgesundheitsamt gegebenen Gutachten über die Wasserhärte der Saale und Unstruth usw. ein und rechtfertigt diese.

Abg. Becker-Bingen (b. k. F.): Über die möglichst scharfe Kontrolle des Weines besteht im ganzen Hause eine volle Einmütigkeit. Dem deutschen Weinbau und den Weinhändlern hat das Weingesetz erhebliche Vorteiel gebracht, und darüber sind sich alle Beteiligten einig.

Die Abweisung von medizinischen Praktikanten seitens einiger Krankenhäuser, namentlich aus konfessionellen Gründen, ist nicht zu rechtfertigen. Andererseits darf man nicht einen einzigen Fall zum Anlaß nehmen, die ganze medizinische Prüfungsordnung als etwas schlechtes hinzustellen. Die Behauptung, bei dem deutschen Volke bestehe eine Unterernährung, ist zum mindesten übertrieben. (Sehr richtig rechts; Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die sogenannten klugen Frauen sind ein Krebsschaden, der auf das schärfste bekämpft werden muß. Das Reichsgesundheitsamt sollte die schärfsten Maßregeln gegen diese Mißstände ergreifen.

Abg. Dr. Schulze-Gävernitz (Fortschr. Vpt.): Die Behandlung des ausländischen Weines ist nicht ganz einwandfrei. Der spanische Wein wird auf grund des Weingesetzes eingeführt, im Inland aber wird er auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes beanstandet. Er ist somit einfuhr- aber nicht verkehrsberechtigt. Helfen Sie dem deutschen Winzer nicht nur als Gesetzgeber, sondern auch als Konsument. Erziehen wir unsere Zunge. (Sehr gut und Beifall.)

Vizepräsident Dove macht darauf aufmerksam, daß sich noch acht Redner zum Reichsgesundheitsamt gemeldet haben. Er bittet daher die betreffenden Herren um Beschränkung.

Abg. Pauly Cochem (Zentr.): Das neue Weingesetz wird nicht allen Weingegenden gleichmäßig von Nutzen sein.

Vizepräsident **Dove** macht den Redner darauf aufmerksam, daß er nicht über wirtschaftliche Fragen, sondern nur über gesundheitliche Frage zu sprechen habe. (Redner fährt jedoch unbeirrt weiter fort, wobei er aber mehrfach stecken bleibt und bei wachsender Heiterkeit des Hauses in seinem Manuskript blättert.)

Redner schließt: Der gesunde Wein macht fröhlich, fördert die Gesangesfreudigkeit, Freiheit und Vaterlandsliebe, der alkoholische Verschnittwein verursacht Beschwerden. Als der Redner sodann auf Mittelstandsfragen, Überlandzentralen usw. zu sprechen kommt, wird er vom Vizepräsidenten Dove auf die Geschäftsordnung verwiesen. Redner schließt: Unbedingt nötig ist im Interesse der Produzenten eine scharfe Kontrolle.

Abg. Leuwe (fortschr. Vpt.): Durch die Impfung des eingeführten dänischen Viehes mit Tuberkulin ist die deutsche Volksgesundheit erheblich bedroht worden.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Bumm: Kein Vorwand, sondern die Darlegungen unserer Veterinärsachverständigen haben zu den Maßnahmen geführt, die bei der Einfuhr von Schinken und Speck angewandt werden. Durch die Tuberkulinimpfung des dänischen Viehes, die tatsächlich stattgefunden hat, ist keine Schädigung der Volksgesundheit zu konstruieren. Nicht ein Schein von Beweis dafür ist zu erbringen.

Abg. Richter (Zentr.), auf der Tribüne vollständig unverständlich, geht abermals auf die Weinkontrolle ein.

Geheimrat **v. Stein** geht auf Einzelheiten der bevorstehenden Revision des Nahrungsmittelgesetzes ein und bleibt im Zusammenhang völlig unverständlich.

Abg. Blunck (fortsch. Vpt.) begründet eine Resolution seiner Partei auf Regelung des Arbeitsverhältnisses der in öffentlichen und privaten Krankenhäusern, Heilstätten und Genesungsheimen sowie in der privaten Irrenpflege beschäftigten Personen.

Ministerialdirektor Caspar: Über die Arbeitsverhältnisse des Krankenpflegepersonals sind s. Zt. Erhebungen angestellt worden. Das Material liegt jetzt fast vollständig vor und wird im Reichsgesundheitsamt bearbeitet. Es steht eine rasche Regelung der Frage bevor.

Abg. Spahn (Zentr.): Das Reichsgesundheitsamt müßte für das Krankenpflegepersonal eintreten. Bedauerlicherweise sind die vom christlichen Verband gemachten Eingaben vom Reichsgesundheitsamt sehr mißachtend behandelt worden. Vor allen Dingen ist eine Regelung und Vereinfachung der Arbeitszeit notwendig.

Abg. Nacken (Zentr.) befürwortet eine Resolution seiner Partei auf Änderung der Gewerbeordnung dahin, daß die volle Arbeitsruhe an den Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertagen in den Metall-, Hütten- und Walzwerken gesichert wird. Diese Forderung ist durchaus durchführbar. Das hat sich vor längerer Zeit bei einem Ausstand im Zinkhüttenwesen gezeigt. Der Produktionsausfall ist nicht so erheblich, zumal für die Heizung der Öfen an diesen Tagen nicht erstklassiges Kohlenmaterial verwendet zu werden braucht.

Ministerialdirektor Caspar sagt wohlwollende Prüfung der Resolutionen zu.

Abg. Krings (Zentr.): Gegen die Staubbelästigung durch die Automobile und elektrischen Wagen muß im Interesse der Volksgesundheit eingeschritten werden.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Die Staubplage ist lediglich eine Frage des Straßenbaues. Wir werden aber auch diese Frage eingehend prüfen.

Abg. Duffner (Zentr.): Bei der Frage der Schädigung durch die Kaliabwässer darf auch die Frage nicht unterdrückt werden, wie weit eine Entschädigungspflicht Platz greifen muß.

Damit schließt die Diskussion.

Das Kapitel wird bewilligt, und die vorliegenden Resolutionen werden angenommen.

Sodann vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Stadtverordneten-Versammlung.

Ω **Münster,** 20. März 1912.

Anwesend vom **Kollegium:** Kayser, Stadtverordneten-Vorsteher, Gaßmann, Stellvertreter des Vorstehers, Dr. Bäumer, Beckmann gnt. Hovestadt, Hermann Böckmann, Wilhelm Böckmann, Breuer, Camps, Clement, Deckwitz, Dieckmann, Dröge, Ebert, Eggert, Falger, Feibes, Frieling, Holle, Hüffer, Humperdinck, Dr. Kahle, Dr. Kaßner, Kaufmann, Kirchhoff, Kluzen; Kruip, Dr. Linneborn, Löbig, Löffen, Nillies, Peus, Dr. Reiche, Schmedding, Schulze Steinen, Stroetmann, Tumbrink, Wischmann, Wiesklötter gnt. Viertuns, Zarnitz.

Mit **Entschuldigung** fehlten: Beisenkötter, Dortants, Metzring, Overbieck, Schiller, Simons, Warnecke, Wenking, Dr. Wurst

Anwesend vom **Magistrat:** Oberbürgermeister Dr. Jungeblodt, Stadtsyndikus Darius, Stadtbaurat Tormin.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Vorsitzende eine Eingabe mehrerer Interessenten auf Übernahme des Weges von der Roxeler Chaussee bis zur Gievenbecker Schule durch die Stgt. Münster.

Der Antrag findet die genügende Unterstützung seitens mehrerer Stadtverordneten und soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

Revision verschiedener Armenfonds-Rechnungen für 1910.

Die Rechnung der Stiftung Jungeblodt und Brinkmann für 1910 schließt ab in Einnahme mit 19 710,39 Mark; in Ausgabe mit 15 808,53 Mark und mit einem Bestande von 8901,86 Mark.

Die Rechnung der Stiftung Sieverdes schließt ab: a) beim Stiftungsfonds: in Einnahme mit 210 999,61 Mark, in Ausgabe mit 207 279,94 Mark und mit einem Bestande von 3719,67 Mark; b) beim Grunderwerbsfonds: in Einnahme mit 17 585,63 Mark; in Ausgabe mit 48 001,82 Mark und mit einem Vorschuß aus 1909 an Grunderwerbsfondsrevenüen von 25 415,69 Mark.

Die Rechnung der Stiftung Gescher und Dankelmann weist eine Einnahme von 5437,93 Mark; eine Ausgabe von 1823,67 Mark und einen Bestand von 3614,26 Mark auf. Hiervon entfallen auf Revenüen 97,21 Mark und auf den Substanzfonds 3517,05 Mark.

Die Stiftung Schultenkamp schließt ab in Einnahme mit 2528,86 Mark; in Ausgabe mit 2296,68 Mark und mit einem Bestande von 232,18 Mark.

Die Stiftung Zumsande weist eine Einnahme von 68 044,50 Mark; eine Ausgabe von 62 872,81 Mark und einen Bestand von 5171,69 Mark auf.

Stiftung Bleiken und Zurlinden: Einnahme 1169,94 Mark; Ausgabe 1087,15 Mark; Bestand 82,79 Mark.

Stiftung Scheffer-Boichorst: Einnahme 33 436 Mark; Ausgabe 30 062,52 Mark; Bestand 3373,48 Mark.

Stiftung Stieve: Einnahme 40 317,36 Mark; Ausgabe 39 058,70 Mark; Bestand 1258,66 Mark.

Pagenstecher'sche Armenstiftung: Einnahme 830,16 Mark; Ausgabe 750,68 Mark; Bestand 79,48 Mark.

Armenhaus zur Aa und Bischopinck: Einnahme 9239,19 Mark; Ausgabe 6284,74 Mark; Bestand 2954,45 Mk.

Armenhaus Zumbusch und Uedinck: Einnahme 31 269,94 Mark; Ausgabe 28 024,10 Mark; Bestand 3245,84 Mark.

Armenhaus Zwölfmänner: Einnahme 20151,79 Mark; Ausgabe 18 275,22 Mark; Bestand 1876,57 Mark.

Armenhaus Kinderhaus: Einnahme 32 323,32 Mark; Ausgabe 24 142,61 Mark; Bestand 8180,71 Mark.

Bürger-Waisenhaus: Einnahme 57 362,58 Mk.; Ausgabe 65 095,48 Mark; Vorschuß aus den Vorjahren 7732,90 Mark.

Studien-Stipendienfonds: Einnahme 5641,04 Mark; Ausgabe 5665,40 Mark; Vorschuß 24,36 Mark.

Handwerker-Stipendienfonds: Einnahme 1887,65 Mark; Ausgabe 1762,67 Mark; Bestand 124,98 Mk.

Magdalenen-Hospital: Einnahme 149 311,87 Mark; Ausgabe 146 026,50 Mark; Bestand 3285,37 Mark.

Vier-Elenden-Stiftung: Einnahme 138 601,25 Mark; Ausgabe 135 322,48 Mark; Bestand 3278,77 Mark.

Refer. Stadtv. Ebert und Falger. Die Rechnungen werden debattelos abgenommen und dem Rendanten Entlastung erteilt.

Ersatzwahl eines stellvertretenden Taxators der Pferdeaushebungskommission.

Der für die Wahlperiode bis zum 1. Oktober 1912 zum stellvertretenden Taxator der Pferdeaushebungskommission gewählte Herr Kaufmann Wilhelm Zengerling hat um Entbindung von der Tätigkeit als Taxator gebeten, weil er sich körperlich den Anforderungen nicht mehr gewachsen fühlt. Es ist deshalb eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Vorgeschlagen wird der Fuhrwerksbesitzer Carl Peters für die bis zum 1. Oktober dauernde Wahlperiode.

Stadtv. Frieling bittet, späterhin in diese Kommission auch einen Vertreter des eingemeindeten Bezirks zu wählen, und in allen Fragen, an denen die Landwirtschaft, also die Bewohner des eingemeindeten Bezirks, in erster Linie beteiligt ist, deren Vertreter zu berücksichtigen.

Stadtv. Breuer entgegnet dem Vorredner, daß die Wahlvorbereitungskommission gerade geglaubt habe, keinen Vertreter der Landwirtschaft zu nehmen, da im Falle einer Mobilmachung, wenn die Kommission in Tätigkeit treten müßte, die Mitglieder tagelang in Anspruch genommen seien, und einem Landwirt dieses recht ungelegen kommen könne.

Stadtv. Frieling: Wenn unsere Interessen auf dem Spiele stehen, haben wir immer Zeit, wie wir auch Zeit finden, den Stadtverordnetenversammlungen beizuwohnen.

Stadtv. Deckwitz glaubt, daß es im Interesse der Landwirte liege, wenn keiner ihrer Vertreter in der Kommission sei, da die städtischen Mitglieder der Kommission jedenfalls in der Preisfestsetzung mehr zugunsten der Landwirte entscheiden würden.

Stadtv. Frieling wendet sich kurz dagegen.

Herr Peters wird sodann gewählt.

Anderweitige Einrichtung der physikalisch-chemischen Unterrichtsräume im städtischen Gymnasium und Realgymnasium.

Für den physikalischen Unterricht am städtischen und Realgymnasium steht zurzeit nur ein am physikalischen Kabinett gelegenes Zimmer zur Verfügung. Wegen der großen Zahl der naturwissenschaftlichen Unterrichtsstunden (33 Wochenstunden) ist dieser Raum während der gesamten Unterrichtszeit fast fortgesetzt in Benutzung. Hieraus ergeben sich die größten Unzuträglichkeiten, so daß baldige Abhülfe geboten erscheint. Oft reicht die kurze Zeit einer Unterrichtspause nicht hin, die gebrauchten Apparate zu entfernen, den Experimententisch zu säubern und neue Apparate aufzustellen. In der Chemie ist es durchweg erforderlich, größere Versuchsanordnungen vor der Unterrichtsstunde zusammenzustellen und auf ihre Gebrauchsfähigkeit zu prüfen. Hierfür muß nach Lage der Verhältnisse das eine Etage höher gelegene und durch einen kleinen Aufzug mit dem Lehrzimmer verbundene chemische Laboratorium in Anspruch genommen werden. Da die fertigen Versuchsanordnungen in dem kleinen Aufzug keinen Platz finden, müssen sie wieder zerlegt und während des Unterrichts von neuem aufgebaut werden, wodurch natürlich viel Zeit verloren geht und auch das Funktionieren der Apparate oft in Frage gestellt wird. In dem chemischen Unterrichtszimmer fehlt es an einem sogenannten Abzuge, um die beim Experimentieren sich oft entwickelnden giftigen und übelriechenden Gase entweichen zu lassen. Die lästigen Dämpfe erfüllen in kurzer Zeit das ganze Unterrichtszimmer, sind auch durch Lüftung des Lokals nicht immer vollständig zu entfernen und bilden so eine der Gesundheit von Lehrern und Schülern drohende Gefahr. Das Kuratorium macht des weiteren zweckentsprechende Abänderungsvorschläge. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Anlage besonderer, für den physikalisch-chemischen Unterricht geeigneter Räume eine Notwendigkeit ist. Da die Malerklassen der Handwerker-Fortbildungsschule inzwischen anderweitig in der neuen Überwasserschule untergebracht und infolgedessen die bisher von ihnen benutzten Räume im Erdgeschosse des Anbaues des Realgymnasiums freigeworden sind, so schlägt der Magistrat auf Antrag des Kuratoriums vor, die Räume in der vom Kuratorium dargelegten Weise für den physikalisch-chemischen Unterricht einzurichten und die hierfür erforderlichen Mittel, die nach Berechnung des Stadtbauamtes etwa 3500 Mark betragen werden, aus dem Sparkassen-Reingewinn zur Verfügung zu stellen.

Referent Stadtv. Ebert trägt die Vorlage des Magistrats vor und empfiehlt sie.

Nachdem Stadtv. Prof. Dr. Kaßner ebenfalls die Vorlage im Interesse der Gesundheit der Schüler und der Ausnutzung der Unterrichtsstunden empfohlen hat, wird die Vorlage ohne Widerspruch angenommen.

Herstellung einer Feuerlöschleitung in der städtischen Oberrealschule.

In der Oberrealschule fehlt es bisher noch an einer Feuerlöschleitung, deren Anlage aber im Interesse der Feuersicherheit der Schule dringend geboten erscheint. Auf Antrag des Kuratoriums hat der Magistrat eine Hydrantenanlage für die Oberrealschule beschlossen. Die Kosten der Anlage sind vom Stadtbauamt auf etwa 580 Mk. veranschlagt. Da Mittel aus den Baukosten der Schule nicht mehr zur Verfügung stehen, anderseits aber das laufende Rechnungjahr bei der Oberrealschule eine Mehreinnahme an Schulgeld von über 7000 Mk. gegen den Etatsansatz erbracht hat, so schlägt der Magistrat vor, den für die Hydrantenanlage erforderlichen Betrag aus diesen Schulgeldüberschüssen zu decken.

Referent Stadtv. Ebert empfiehlt die Annahme der Vorlage: diese erfolgt debattelos.

Deckung des im Rechnungsjahre 1912 sich ergebenden Fehlbetrages bei der katholischen und evangelischen höheren Mädchenschule, sowie bei der katholischen Mädchen-Mittelschule.

Die Kuratorien dieser Schulen haben gebeten, den für das kommende Rechnungsjahr voraussichtlich entstehenden Fehlbetrag, wie im Vorjahre, aus städtischen Mitteln zu decken. Dieser beläuft sich 1. bei der katholischen höheren Töchterschule auf 31 910 Mark, gegen 20 570 Mark im Vorjahre. Das ist ein Mehr von 11 340 Mark. Die Einrichtung der Studienanstalt (Gymnasium) erfordert sehr große Mittel, die sich auch noch steigern werden. 2. bei der evangelischen höheren Töchterschule auf 17 450 Mark, gegen 11 915 Mark im Vorjahre. Das ist ein Mehr von 5535 Mark, das im wesentlichen auf die Zunahme der Lehrkräfte zurückzuführen ist. 3. Bei der katholischen Mädchen-Mittelschule auf 15 200 Mark, gegen 12 454 Mark im Vorjahre, also ein Mehr von 2746 Mark. Dieses ist sachlich durch die Mehrausgaben an Besoldungen begründet. Der Magistrat bittet, wie in den früheren Jahren, zu beschließen, diese Summen unter Vorbehalt der Prüfung der Rechnungslegung zur Verfügung zu stellen.

Referent Kluzen weist darauf hin, daß es sich bei der Vorlage eigentlich nur um eine Erläuterung des bereits bei der Etatsberatung genehmigten Defizits handle.

Stadtv. Schmedding versteht nicht, weshalb die Vorlage gemacht sei, sie sei, da der Betrag schon bewilligt sei, vollständig unnütz.

Stadtv. Prof. Dr. Kahle bittet um Auskunft, weshalb das Eintrittsgeld bei der katholischen höheren Mädchenschule 6 Mk. und bei der evangelischen nur 3 Mk. betrage. Diese Ungleichheit habe er im vorigen Jahre schon bemängelt.

Oberbürgermeister Dr. Jungeblodt entgegnet dem Stadtv. Schmedding, daß bei der Menge von Material bei der Etatsberatung, diese Erläuterung versehentlich nicht mit auf die Tagesordnung gesetzt sei. Deshalb solle das jetzt nachgeholt werden. Auf die Anregungen des Stadtv. Kahle führt Redner aus, daß die gewünschte Änderung schon im Etat der katholischen höheren Mädchenschule gemacht worden sei, dagegen bei der evangelischen noch nicht. Aber auch von dieser wird diesem Wunsche im nächsten Jahre sehr gern nachgekommen werden. Auch die Schülerzahl wird im nächsten Jahre zum Vergleich eingestellt werden.

Stadtv. Prof. Dr. Reiche: Wenn wir den Etat unserer evangelischen höheren Töchterschule mit denen anderer Städte vergleichen, so müssen wir sehen, daß unser Zuschuß doch sehr gering ist. Ich habe schon in der vorigen Sitzung darauf hingewiesen, daß wir bei dieser Anstalt in der unangenehmen Lage sind, uns darüber zu entscheiden, ob wir das Seminar beibehalten wollen oder nicht. Ich möchte um eine Äußerung bitten, ob Sie uns diese 17 500 Mk. auch für das Jahr 1912 bewilligen, wenn wir eine Seminarklasse eingehen lassen und dafür eine Klasse der Studienanstalt einrichten. Glückt der Versuch nicht, dann kann das Kuratorium dieser Anstalt die Klasse ja wieder auflösen und eine Vereinigung mit der Studienanstalt veranlassen.

Stadtv. Kluzen: Ich glaube, wir können auf die Frage nicht eingehen, weil sie mit dieser Vorlage nichts zu tun hat, und die Herren hier über das, was mit der Schule geplant ist, wohl noch nicht genügend unterrichtet sind.

Stadtv. Prof. Dr. Reiche: Es haben sich schon sechzehn Mädchen zum Eintritt in die fragliche sechste Klasse gemeldet. Da Ostern vor der Türe steht, ist eine baldige Regelung dringend erwünscht. Wenn wir die Sache nicht regeln, wird uns der Staat Schwierigkeiten machen.

Stadtv. Justizrat Gaßmann: So gern wir auch dem Wunsche des Herrn Prof. Dr. Reiche nachkommen möchten, so dürfen wir das doch aus formellen Gründen nicht tun, weil es der Geschäftsordnung zuwiderläuft. Es müßte schon dem Herrn Vorredner überlassen bleiben, einen diesbezüglichen Antrag an den Magistrat zu stellen.

Stadtv. Prof. Dr. Reiche: Ich habe einen solchen Antrag für heute nicht vorbereitet. Aber ich möchte mir dies vorbehalten.

Oberbürgermeister Dr. Jungeblodt: Ich kann mich ja auch heute nicht über diese wichtige, schwerwiegende und komplizierte Frage vorbereiten. Am vergangenen Montag ist die Angelegenheit in der Magistratssitzung beraten worden und wird auch morgen noch beraten werden. Aber wenn die Sache am Montag im Magistrat beraten wird, so kann sie nicht schon am kommenden Mittwoch hier zur Sprache kommen, weil die vorgeschriebenen drei Tage zum Ausliegen nicht gegeben sind.

Die Vorlage wurde hierauf durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Einräumung des Vorranges für eine für das Allgemeine Bürgerschützenkorps hypothekarisch einzutragende Schuld von 12 000 Mark.

Nach dem zwischen der Stadt Münster und dem Allgemeinen Bürger-Schützenkorps geschlossenen Vertrage, soll die nach Fertigstellung des jetzt in der Ausführung begriffenen Saalbaues auf Grund der Abrechnung sich ergebende Gesamtsumme als ein von der Stadt Münster zur Verfügung gestelltes Darlehen auf der ganzen Schützenhofsbesitzung hinter den zurzeit eingetragenen 225 000 Mark als Hypothek unter den im Vertrage festgelegten Zinsbedingungen zugunsten der Stadt Münster eingetragen werden. Das Allgemeine Bürger-Schützenkorps hat dem Magistrat mitgeteilt, daß dem Korps eine nicht eingetragene Bauschuld von 17 000 Mark gekündigt sei, falls nicht eine hypothekarische Eintragung in das Grundbuch vor der demnächst einzutragenden städtischen Baugeldhypothek erfolge. Das Allgemeine Bürgerschützenkorps ist in der Lage, 5000 Mark auf die Bauschuld abzutragen. Zur Deckung des Restes von 12 000 Mark fehlen ihm die baren Mittel. Es hat daher gebeten, entweder einer zugunsten der betreffenden Bank einzutragenden Hypothek von 12 000 Mark vor der demnächstigen städtischen Hypothek den Vorrang einzuräumen oder aber zu gestatten, daß das Korps zur Abstoßung der Bankschuld bei der städtischen Sparkasse, die auch die vorgehende Hypothek hat, eine neue Hypothek von 12 000 Mark aufnimmt, und zwar ebenfalls unter Einräumung des Vorranges dieser 12 000 Mark vor der städtischen Baugeld-Hypothek. Mit Rücksicht darauf, daß durch die Einräumung des Vorranges für die 12 000 Mark die Sicherheit der städtischen Baugeldhypothek wohl nicht geschmälert wird, und um dem Korps die hohen Bankzinsen zu ersparen, schlägt der Magistrat vor, dem letztgenannten Antrage stattzugeben und nach Abstoßung der Bankschuld einer für die städtische Sparkasse einzutragenden neuen Hypothek den Vorrang einzuräumen.

Referent Stadtv. Humperdinck empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Stadtv. Kirchhoff bittet um Auskunft, ob sonst noch Hypotheken auf dem Schützenhof stehen, und weshalb diese Frage damals bei Genehmigung des Tonhallenprojektes nicht geregelt sei.

Stadtv. Falger: Auf dem Schützenhof ruhen 225 000 Mark Hypotheken, das ist auch damals in der Vorlage gesagt. Es handelt sich jetzt darum, vor der neuen Hypothek von 350 000 Mk. diese kleine Hypothek eintragen zu lassen. Wenn Sie unserem Wunsche nicht nachkommen, sitzt das Bürgerschützenkorps in der Patsche.

Stadtv. Holle: Wenn ich mich recht erinnere, ist damals gesagt worden, daß die Stadt als erste Hypothekengläubigerin eingetragen werden soll. Die Sicherheit, die die Bank haben will, muß uns ebenso gegeben werden. Das gute Einvernehmen und die gute Verbindung zwischen Schützenkorps und Stadt kann und darf für uns nicht ausschlaggebend sein. Ich bin gegen die Vorlage.

Stadtv. Deckwitz spricht sich ebenfalls gegen die Vorlage aus. Die 350 000 Mk. seien damals unter so günstigen Bedingungen bewilligt, daß kein Privathypothekengläubiger sich mit der Vorstellung einer kleineren Hypothek einverstanden erklären würde. Daher sei auch er gegen die Vorlage.

Justizrat Gaßmann: Ist die neue Hypothek von 350 000 Mark schon eingetragen? (Stadtv. Falger: Nein!) Dann finde ich es sehr offen vom Schützenkorps, daß es sich wegen dieser Sache an uns wendet, es hätte ja auch hinter unserm Rücken die Voreintragung machen lassen können. Redner bittet, bei der Zwangslage, in der sich das Schützenkorps befindet, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Prof. Dr. Kahle ist ebenfalls für die Vorlage, obschon er im vorigen Jahre nicht für die Tonhallenvorlage gestimmt habe. Man solle heute nicht splitterrichten und nicht über solche Kleinigkeiten stolpern. Die vom Stadtv. Falger herausgerechnete Ersparnis komme wohl der Stadt zugute, und daher solle man der Vorlage zustimmen.

Stadtv. Prof. Dr. Reiche schließt sich den beiden Vorrednern an, da damals die Vorlage unter der Parole gestanden habe: Wir müssen die große Halle haben! Diese Sache sei von der anderen Vorlage nicht zu trennen.

Stadtv. Schmedding: Wir haben damals A gesagt und müssen jetzt auch B sagen.

Stadtv. Dr. Linneborn: Ich setze voraus, daß diese 12 000 Mk. die einzigen Schulden sind und daß nicht noch mehr solcher Nachforderungen kommen.

Stadtv. Falger: Das sind die einzigen Schulden.

Der Vorlage wird zugestimmt.

Bewilligung eines Betrages an den Landw. Kreisverein Münster für den Pferdeankauf 1911.

Der Landw. Kreisverein Münster hat gebeten, wie in früheren Jahren, einen Anteil des bei dem Ankauf von Zuchtpferden entstandenen Fehlbetrages mit 250 Mk. auf städtische Fonds zu übernehmen. Der Magistrat schlägt vor, diesen Betrag aus dem Sparkassen-Reingewinn zu bewilligen.

Referent Stadtv. Zarnitz empfiehlt die Vorlage. Die Annahme erfolgt debattelos.

Revision der Jahresrechnungen der städtischen Betriebswerke für 1910.

Die Jahresrechnung der städtischen Betriebswerke für 1910 schließt ab: a) Gaswerk: Einnahme 1 695 532,37 Mark, Ausgabe 1 642 358,20 Mk., Bestand 53 174,17 Mk.; b) Elektrizitätswerk: Einnahme 1 079 408,68 Mk., Ausgabe 1 021 135,59 Mk., Bestand 58 273,09 Mk.; c) Wasserwerk: Einnahme 777 930,59 Mk., Ausgabe 745 944,35 Mk., Bestand 31 986,24 Mk.; d) Straßenbahn: Einnahme und Ausgabe 648 555,53 Mk.

Referent Stadtv. Falger bittet um die erbetene Entlastung.

Stadtv. Kirchhoff bemängelt, daß die Abrechnungen nicht zunächst der Betriebskommission vorgelegen haben, die doch die berufene Instanz zur ersten Vornahme der Prüfung sei. Er beantragt, die Vorlage an den Magistrat zurückzuverweisen.

Stadtbaurat Tormin: Seitdem ich in Münster bin, ist niemals so verfahren, wohl aus dem Grunde, weil die Kommission doch allmonatlich Kassenprüfungen und Prüfungen der kaufmännischen Bilanzen vornimmt. Das vom Herrn Kirchhoff gewünschte Verfahren würde die Herren von der Kommission auch zu sehr belasten. Wenn Sie es aber wünschen, kann es geschehen.

Stadtv. Kirchhoff: Was liegt näher, als daß die Kommission, die die Etats festsetzt, auch die Abrechnungen prüft? Dieses Verfahren sollte bei allen Werken und Kommissionen eingeführt werden.

Oberbürgermeister Dr. Jungeblodt: Das kann geschehen, wenn die Herren absolut noch mehr zu tun haben wollen (Heiterkeit und Widerspruch). Ich glaube aber, daß die Herren, die in den Kommissionen sitzen, sich nicht noch mit diesen Arbeiten belasten wollen. Die rein kameralistische Abrechnung ist nicht Sache der Kommissionen, sondern der Bureaubeamten. Gerade bei der Betriebskommission, wo Berge von Belege und Rechnungen bei der Nachprüfung in Betracht kommen, würde die Prüfung mehrere Tage in Anspruch nehmen. Zudem haben die Herren der Betriebskommission, darunter auch Herr Kirchhoff, doch in den Abrechnungen durch Unterschrift die Richtigkeit bestätigt.

Stadtv. Kirchhoff: Wir haben nur die Endzahlen geprüft und deren Richtigkeit bescheinigt.

Stadtv. Falger: Man kann doch nicht die Richtigkeit der Endzahlen bescheinigen, wenn man nicht die ganze Bilanz geprüft hat.

Stadtv. Kirchhoff: Das war ausgeschlossen; es wurden uns abgeschlossene Bücher vorgelegt, deren Endzahlen und Zusammenstellungen wir nachgeprüft und deren Richtigkeit wir bescheinigt haben. Für die Prüfung war uns nur eine sehr kurze Frist zugemessen.

Stadtbaurat Tormin: Jeden Monat werden von den Herren Stadtrat Wagner und Dr. Wurst Bücher- und Kassenprüfungen vorgenommen. Wenn Herr Kirchhoff einen Wunsch auf Vorlegung von Belegen geäußert hätte, wäre er ihm gern erfüllt.

Stadtv. Kirchhoff betont in seinem Schlußwort, daß er generell nur habe darauf hinweisen wollen, daß der richtige Weg der sei, daß zuerst die in Frage kommende Kommission eines Werkes die berufene Stelle zur Abnahme und Prüfung der Rechnungen sei.

Der Antrag Kirchhoff wird abgelehnt und nach dem Antrage des Magistrats die Rechnungen abgenommen.

Garantierung eines Betrages für einen im Anfang Juni d. J. geplanten Rundflug.

Der hiesige Luftschiffahrtverein hat in einer Eingabe um die Übernahme der örtlichen Kosten für die Aufnahme eines von der Nordwestgruppe des deutschen Luftfahrer-Verbandes im Anfang Juni d. J. mit Unterstützung des preußischen Kriegsministeriums geplanten Rundfluges gebeten. Bei dem ungeahnten Aufschwung, den das Flugwesen erfreulicherweise auch in Deutschland neuerdings genommen hat, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der geplante Rundflug, der die Brauchbarkeit der deutschen Flugzeuge für Kriegszwecke erproben und der Ausbildung von Flieger- und Erkundungsoffizieren dienen soll, von großer Bedeutung sein wird für das gesamte deutsche Flugwesen und die deutsche Flugindustrie, und ganz besonders für die Zwecke unserer Landesverteidigung. In letzterer Beziehung braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß gerade im gegenwärtigen Augenblicke wieder in Frankreich die größten Anstrengungen auf dem Gebiete des Militärflugwesens gemacht wurden. Es erscheint daher als ein nationales Gebot, den in erster Linie militärischen Rundflug nach Möglichkeit zu unterstützen. Für die Stadt Münster dürfte diese Unterstützung um so weniger finanzielle Bedenken erregen, als wir bei dem großen deutschen Rundflug im vergangenen Jahre keinerlei Ausgaben gehabt haben, während der gewaltige Fremdenandrang der Stadt und der Bürgerschaft große Vorteile gebracht hat. Es ist zu hoffen, daß auch für den jetzigen Rundflug ein großer Fremdenverkehr zu erwarten steht, und es darf mit ziemlicher Sicherheit damit gerechnet werden, daß auch dieses Mal die erbetene Summe von 15 000 Mk., wenn nicht in voller Höhe, so doch sicher zum weitaus größten Teile durch die Einnahmen auf dem Flugplatze und durch den starken Verkehr auf der Straßenbahn wieder eingebracht wird. Die Ankunft und Abfahrt der Flieger, sowie ihre Unterbringung soll, wie im vorigen Jahre, auf der Loddenheide erfolgen. Zwischen dem Tage der Ankunft und der Abfahrt wird in Münster ein Ruhetag liegen, so daß die ganze Veranstaltung sich für Münster auf drei Tage erstreckt. Für den Ruhetag hat der hiesige Luftschiffahrtverein geplant, einige hervorragende Flieger für die Veranstaltung örtlicher Schauflüge zu verpflichten. Der Rundflug beginnt am Sonntag, den 2. Juni, in Bremen und wird sofort am ersten Tage nach Münster führen. Der Magistrat schlägt vor, dem hiesigen Luftschiffahrtverein, der in dankenswerter Weise die örtliche Organisation übernehmen wird, einen Betrag bis zu 15 000 Mk. für die Kosten der Organisation zu garantieren. Mit diesem Betrag hofft der Verein, nach den früheren Erfahrungen, auszukommen zu können. Voraussetzung für diese Garantieleistung muß allerdings sein, daß die Einzelheiten der Organisation auf dem Flugplatze, insbesondere bezüglich der Platzeinteilung und der Eintrittsgelder vom Magistrat genehmigt werden. Hierzu ist der Verein bereit. Der Magistrat bittet, dem zuzustimmen und dem Luftschiffahrtverein eine eventuell aus dem Titel „Insgemein" zu unternehmende Garantie bis zu 15 000 Mk. zur Verfügung zu stellen.

Referent Stadtv. Prof. Dr. Kahle verliest die Eingabe des Luftschiffahrtvereins und erklärt dann: Münster hat den Vorzug, daß von dem Anfangspunkte des Rundfluges, von Bremen, direkt hierher geflogen wird, Münster also die erste Etappenstation ist. Wie mir persönlich mitgeteilt wurde, werden nicht bloß die genannten Flieger hier ankommen und nach einem Ruhetage wieder weiterfliegen, sondern es sind auch Verhandlungen im Gange, die es möglich erscheinen lassen, daß es gelingen wird, an einem der Tage ein Zeppelinluftschiff nach Münster zu bekommen (Lebhaftes Bravo), so daß dieser Tag in der Geschichte Münsters einen besonderen Glanzpunkt bilden wird. Wenn es sich hier nur um eine Lustbarkeit oder um eine rein sportliche Veranstaltung handelte, so könnte man die Vorlage vielleicht ablehnen. Aber es handelt sich hier um eine große nationale Sache. Außerdem ist der als Garantie gewünschte Betrag nicht einmal so hoch, wie wir ihn im vorigen Jahre garantiert haben. Und wenn das Wetter günstig ist, werden wir auf jeden Fall für Münster einen großen Tag haben; denn von weit und breit her wird man nach Münster strömen. Die Rechnungskommission hat der Vorlage ohne weiteres zugestimmt. Wir wollen hoffen, daß alles gut klappt, und dann steht zu erwarten, daß, wie im vorigen Jahre, wo wir doch 20 000 Mark bewilligten, wieder dieser Betrag nicht in Angriff genommen werden braucht.

Die Vorlage wird hierauf einstimmig angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung ist die Beratung über

die seinerzeit dem Landesmuseum überwiesene Vertäfelung aus dem Steinwerk des Krameramthauses.

Referent Stadtv. Falger: Die Rechnungskommission schlägt vor, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen.

Stadtv. Hüffer fragt, weshalb die Sache abgesetzt werden solle.

Stadtv.-Vorsteher Kayser: Die Rechnungskommission hat in Erwägung gezogen, ob die Vertäfelung des Steinwerks nicht doch im Museum verbleiben solle.

Stadtv. Hüffer: Ich finde das eigentlich merkwürdig. Vor etwa 3 Jahren ist die Vertäfelung über Nacht aus dem Krameramthause entfernt und ins Museum gebracht worden. Dann haben wir hier den Beschluß gefaßt, die Vertäfelung solle zurückgebracht werden, und der Magistrat möchte Vorschläge machen über die Instandsetzung des Saales. Jetzt soll die Vertäfelung, entgegen unserem Beschlusse, noch im Museum verbleiben, und es soll zunächst noch die Museumsleitung gehört werden, bevor die Sache vor das Plenum kommt.

Referent Stadtv. Falger: Ich möchte hierzu bemerken, daß wir noch gar nicht in die Diskussion eintreten können, weil die Rechnungskommission den Antrag auf Vertagung gestellt hat.

Stadtv. Hüffer: Ich hatte nicht die Absicht, in die Diskussion einzutreten; ich möchte nur gegen die Begründung

des Vorsitzenden, weshalb die Vorlage zurückgestellt werden soll, etwas einwenden.

Stadtv.-Vorsteher Kayser: Der Antrag des Magistrats geht auf Zurückverweisung. Die Rechnungskommission wollte aber andere Wege einschlagen.

Die Vorlage wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Persönlich bemerkt Stadtv. Prof. Dr. Reiche: Über meine Worte, die ich in der vorigen Stadtverordneten-Sitzung bezüglich des Clemenshospitals gesprochen habe, hat im Münsterischen Anzeiger ein Bericht gestanden, der meiner Ansicht nach zum mindesten meinen Ausführungen nicht entspricht. Es steht darin, ich hätte mich mißfällig ausgesprochen über die Verpflegung der Kranken in der zweiten und ersten Klasse des Clemenshospitals. Ich muß dazu bemerken, daß ich weder über die Verpflegung noch über die Behandlung der Kranken ein ungünstiges Wort ausgesprochen habe. Ich habe nur gesagt, daß für die Kranken sehr gut gesorgt werde. Diejenigen, welche in der zweiten und ersten Klasse sein müßten, könnten manchmal infolge der hohen Bezahlung in Unglegenheiten kommen. Ich muß die Sache hier vorbringen, weil ich annehmen muß, meine Ausführungen seien in ihrer Wiedergabe vom Clemenshospital unangenehm empfunden worden.

Stadtv.-Vorsteher Kayser: Ich kann ebenfalls sagen, daß Herr Prof. Dr. Reiche über die Verpflegung der Kranken im Clemenshospital kein solches Wort gesprochen hat.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7 Uhr 30 Min.

Es folgt eine geheime Sitzung.

Zur Reichstagsnachwahl.

□ **Münster**, 20. März.

Es war, um das gleich vorwegzunehmen, eine imposante Versammlung, in der sich heute abend unser neuer Reichstagskandidat Geheimrat Dr. Gerlach zum ersten Male seinen Münsteraner Zentrumswählern vorstellte. Und auch hier zeigte sich wie schon in den vorangegangenen Versammlungen im Münsterlande, daß die Wählerschaft die vom Kreiswahlkomitee getätigte Wahl für die glücklichste Lösung der in unserem verwöhnten Wahlkreise doppelt schwierigen Personenfrage hielt. Wer hätte diesen bedächtigen Münsteranern solche Begeisterungsfähigkeit zugetraut? Und diese Begeisterung, sie galt nicht nur der Zentrumssache, sie galt zu einem erheblichen Teil auch der sympathischen Persönlichkeit des Kandidaten. Sie läßt uns hoffen, daß am Freitag, am Tage der Wahl, die Zentrumswähler Münsters Mann für Mann zur Wahlurne schreiten und dem vom Wahlkreiskomitee ordnungsmäßig aufgestellten und in der öffentlichen Volksversammlung einmütig angenommenen Reichstagskandidaten Geheimrat Dr. Gerlach ihre Stimme geben werden.

Verlagsbuchhändler **A. Hüffer**, stellvertr. Vorsitzender der örtlichen Zentrumspartei, eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der Erschienenen und wies einleitend auf die Ursachen hin, welche die Wähler von Münster-Coesfeld zwingen, nach Verlauf von kaum zwei Monaten der Wählerpflicht erneut genügen zu müssen.

Er fuhr dann fort, es sei nicht seine Absicht, eine Würdigung der hervorragenden und umfassenden Tätigkeit unseres ehemaligen Vertreters im Deutschen Reichstage vorzuführen. Alle wüßten, daß das Vertrauen der Fraktionskollegen Freiherrn von Hertling seit Jahren an die Spitze der Zentrumsfraktion des Reichstages berufen hatte. Sie wissen, mit welcher Umsicht und mit welchem Geschick er hier seines Amtes waltete. Sie wissen, daß Se. Exzellenz bei den maßgebenden Parlamentariern aller Parteien im höchsten Ansehen stand. — Es war im März vorigen Jahres, als Freiherr von Hertling von einer schweren Krankheit befallen wurde und man wochenlang für sein Leben bangte. Da zeigte sich so recht die Bedeutung dieses Mannes an der warmen Teilnahme und Hochschätzung, die man von allen Seiten dem Kranken entgegenbrachte. Ganz besonders kam das zum Ausdruck, als man am 31. März v. Js. im Reichstage in die Beratung des Etats für das Auswärtige Amt eintrat. Der nationalliberale Abgeordnete Bassermann erklärte: „Ich möchte meine Ausführungen beginnen mit dem Ausdrucke des Bedauerns, daß wir heute in Abwesenheit des Freiherrn von Hertling verhandeln, von dem wir in den letzten Jahren manche vortreffliche Worte über die auswärtige Politik gehört haben." Und der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Wiemer begann seine Ausführungen mit den im ganzen Hause von lebhaftem Beifall begleiteten Worten: „Dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion wünschen wir baldige Genesung und daß er noch lange dem Reichstage erhalten bleibe." — Wenn etwas geeignet ist, uns das Ansehen und die Bedeutung unseres bisherigen Reichstagsabgeordneten deutlich vor Augen zu führen, dann ist es die hohe Anerkennung von Hertlings, welche sich in den Worten seiner politischen Gegner ausspricht. Der Wunsch, den der Abg. Dr. Wiemer ausgesprochen hat, ist nicht ganz in Erfüllung gegangen. Der Abg. Frhr. von Hertling ist zwar damals zu aller und insbesondere auch zur Freude seiner Wähler aus dem Reichstagswahlbezirke Münster-Coesfeld von seiner schweren Krankheit genesen, und er hat sich seit seiner Genesung in geradezu staunenswerter Frische wiederum der parlamentarischen Tätigkeit widmen können; aber das Vertrauen Sr. Kgl. Hoheit des Prinzregenten von Bayern hat ihn vor kurzem an die Spitze des bayerischen Ministeriums berufen, und da Se. Exzellenz glaubte, diesem Rufe sich nicht entziehen zu dürfen, war er genötigt, das Mandat zum Deutschen Reichstage niederzulegen.

In Frhrn. von Hertling habe die Zentrumsfraktion einen hervorragenden Führer und der Deutsche Reichstag eine seltene Zierde verloren. Wenn unser bisheriger Vertreter im Deutschen Reichstage in dem Abschiedsbriefe an seine Wähler die Bitte ausspricht, ihm für die Zukunft ein treues Andenken bewahren zu wollen, so habe Se. Exzellenz keine Fehlbitte getan. Ich bin gewiß, erklärte Redner, in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich hier öffentlich es ausspreche: Wir Wähler des Wahlkreises Münster-Coesfeld aus der Stadt Münster sind stolz darauf, ein so hervorragendes Mitglied des Deutschen Reichstages als würdigen Nachfolger unseres hochverdienten und hochverehrten Freiherrn von Heereman 9 lange Jahre als den Vertreter unseres Wahlkreises in das Parlament gesandt zu haben; wir sprechen Sr. Exzellenz unsern wärmsten Dank aus für die reiche und nie ermüdende Tätigkeit, die er als unser Vertreter im Deutschen Reichstage in der segensreichsten Weise entfaltet hat, und wir wünschen, daß dem Ministerpräsidenten Exzellenz Freiherrn von Hertling in seiner neuen hohen Stellung noch viele Jahre segensreichen Wirkens beschieden sein mögen zum Wohle seiner engeren Heimat und zum Wohle des gemeinsamen deutschen Vaterlandes.

Redner ging dann auf die Vorverhandlungen, die zur Aufstellung des neuen Reichstagskandidaten führten, ein. Die Delegierten der Stadt Münster seien namentlich im Hinblick auf die gegenwärtige Zusammensetzung der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages von dem lebhaften Wunsche beseelt gewesen, den Wählern einen Vertreter vorzuschlagen, der mit den Verhältnissen des Wahlbezirks gut vertraut und der in der Lage sei, insbesondere bei allen Fragen, welche städtische und bürgerliche Interessen berühren, den Fraktionskollegen ein bewährter und zuverlässiger Berater zu sein und es gereiche ihm zur besonderen Freude, hier mitteilen zu können, daß die Vertreter der beiden Kreise Münster-Land und Coesfeld für die Berechtigung dieses Wunsches der städtischen Delegierten ein volles Verständnis bewiesen hätten, ferner glaube er, es nicht verschweigen zu sollen, daß der Wunsch zunächst dahin gerichtet war, einen geeigneten Kandidaten aus den gewerblichen Ständen ausfindig zu machen; aber das sei nicht gelungen.

Redner erläuterte dies des näheren, indem er auf die für einen geeigneten Volksvertreter notwendigen Eigenschaften hinwies, diese Eigenschaften fänden sich nun vereinigt in dem Manne, auf welchen sich die Delegierten des Wahlkreises alle einstimmig geeinigt haben, und welchen sie in dem Aufrufe vom 18. ds. Mts. zur Wahl vorschlagen: in dem Geh. Medizinalrat Herrn Dr. Heinrich Gerlach.

Er wolle der Bescheidenheit unseres Kandidaten nicht zu nahe treten dadurch, daß er beweise, in welch hervorragender Weise alle die Eigenschaften, die einen Volksvertreter dazu befähigen, sein schweres Amt in der allerbesten Weise auszuführen, gerade bei ihm zutreffen, es genüge, auf die Ausführungen hinzuweisen, die nach dieser Richtung in dem Aufrufe gemacht sind; nur eines sei noch zu erwähnen. Als bei dem Herrn Geheimrat angefragt wurde, ob er im Falle einer Wahl bereit sei, das Reichstagsmandat anzunehmen, da brachte er verschiedene Bedenken vor, ob er wohl dazu geeignet sein würde, u. a. hatte er das Bedenken, ob die Bürde des zu übernehmenden Amtes nicht vielleicht für seine durch die Last der Jahre, wie er meinte, bereits reichlich gedrückten Schultern zu schwer sein würde. Wie alle andern Bedenken, so konnte auch dieses Bedenken mit vollem Rechte zurückgewiesen werden. Er rufe alle dafür zu Zeugen an, wenn man den Herrn Geheimrat in der Vollkraft seiner Jahre, ja, in fast jugendlicher Frische vor sich sitzen sehe, sei er gewiß, daß alle bezeugen würden, daß in der Tat das ins Feld geführte Bedenken auch nicht von der geringsten Bedeutung sein könne.

Also, so schloß Redner, wir wünschen Ihnen, sehr verehrter Herr Geheimrat, daß die Zentrumswähler des Wahlkreises Münster-Coesfeld am 22. ds. Mts. alle insgesamt an der Wahlurne erscheinen werden und dort den Wahlzettel mit Ihrem Namen abgeben, wir wünschen, daß Sie uns recht lange Jahre im Reichstage als würdiger Nachfolger Ihrer Vorgänger, eines Freiherrn von Heereman und eines Freiherrn von Hertling, erhalten bleiben, und wir wünschen endlich, daß Ihnen Ihre gesegnete Wirksamkeit im Deutschen Reichstage Befriedigung und Freude gewähren möge im Hinblick auf alles, was Sie in Erfüllung Ihrer neuen, wichtigen Aufgabe Ersprießliches wirken werden.

Die Ausführungen des Vorsitzenden nahm die stattliche Versammlung mit lebhaftem, zustimmendem Beifall auf. Als der Redner der Versammlung den neuen Reichstagskandidaten, Geheimrat Dr. Gerlach vorstellte, entbot die Versammlung dem zukünftigen Abgeordneten einen herzlichen, lauten Willkommengruß in stürmischer Begrüßung, für die Geheimrat Gerlach herzlich dankte.

Alsdann erteilte der Vorsitzende dem Geheimrat Gerlach das Wort.

Dieser führte von häufigen Beifallsrufen unterbrochen, folgendes aus:

Für Ihren freundlichen Willkommensgruß zunächst meinen herzlichsten Dank mit der Versicherung, daß ich mich bemühen werde, demselben im Laufe der Zeit mich mehr und mehr würdig zu zeigen.

Sodann aber bitte ich Sie, meinen wärmsten und lebhaftesten Dank entgegen zu nehmen für das große Vertrauen, dessen Sie mich würdigen, die höchste Ehrenstelle, die der deutsche Mann durch seine freie Wahl erweisen und erteilen kann, mir anvertrauen zu wollen, eine Ehrenstelle, die um so bedeutungsvoller ist, als das Maß der mit ihr verbundenen Pflichten die vorher erkennbaren Grenzen bei weitem überschreitet.

In Erfüllung einer dieser Pflichten bin ich Ihres Einverständnisses gewiß, wenn ich Sie bitte, mit mir den Blick zunächst nach Bayerns Hauptstadt zu richten, um den bisherigen Vertreter des Wahlkreises, dem von Ihnen und von mir hochverehrten Freiherrn von Hertling auch von dieser Stelle aus nochmals den innigsten Dank auszusprechen für die Arbeit und Tätigkeit, für die nie ermüdende und nie versagende Umsicht, die er in der Vertretung des hiesigen Wahlkreises gezeigt hat und ich glaube auch, Ihrer aller Gefühle zu entsprechen, wenn ich an diesen Dank Ihnen gegenüber auch die Versicherung anschließe, daß ich bemüht und bestrebt sein werde, dem leuchtenden Vorbilde, wie es von den bisherigen Vertretern des Wahlkreises, von dem Ihnen allen und mir persönlich unvergeßlichen Freiherrn von Heereman und weiterhin von dem Freiherrn von Hertling gegeben ist, zu folgen und mehr und mehr mich würdig zu machen.

Meine sehr geehrten Herren! Ohne jegliches eigenes Zutun, unter Überwindung mancher persönlich von mir gehegten Bedenken, allein getragen und gehoben von Ihrem allseitig mir erwiesenen Vertrauen soll die Vertretung des Wahlkreises Münster-Coesfeld mir anvertraut werden, und ich darf wohl annehmen, daß Sie, Vertrauen gegen Vertrauen einsetzend, von mir eine Äußerung darüber wünschen, nach welchen Grundsätzen und Prinzipien ich demnächst diese Vertretung wahrzunehmen beabsichtige, zumal ich es als eine Pflicht des zur Wahl Aufgestellten ansehe, diese Prinzipien, wenn auch nur in gedrängter Kürze, den Wählern rückhaltlos darzulegen.

Meine Herren! Von allen verschiedenen Fraktionen im Reichstage ist die Zentrumsfraktion, als deren Anhänger und Mitglied ich mich erkläre, die bestangefeindete und bestgehaßte: mag man die Parteiblätter der verschiedenen Richtungen ansehen, auf das Zentrum wird immer geschimpft, mag es den Vorlagen zustimmen oder mag es sie ablehnen. Und woher kommt dies? Hat denn das Zentrum während seines bisherigen 40jährigen Bestandes irgend etwas getan, das den staatlichen oder kommunalen Interessen zuwider gewesen wäre? Niemals! Aber es hat in den Augen seiner vielfachen Gegner den großen Fehler, auf dem Boden christlicher Anschauungen zu stehen.

Meine Herren! Es kann keinem, der die nicht nur in unserm Vaterlande, sondern auch in andern Staaten und Ländern sich abspielenden und sich entwickelnden Vorgänge und Verhältnisse verfolgt und überblickt, verborgen bleiben, daß schon seit langen Jahren in dem Geistesringen sich zwei Weltanschauungen gegenüberstehen, auf der einen Seite steht der christliche Glaube mit dem Hinblick auf ein Jenseits, auf der andern Seite steht der Unglaube, die geoffenbarte Religion ablehnend. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Anhänger der letzteren, der sogen. liberalen Weltanschauung, erheblich in der Zunahme sich befinden, und in diesem wogenden Kampfe steht wie ein Fels in der Brandung unerschütterlich fest zur Verteidigung der christlichen Weltanschauung, zur Verteidigung der christlichen Religion, zur Sicherung der Autorität des Staates das Zentrum im Vordergrunde, um den Angriffen und Anschauungen der Gegner sich entgegen zu stellen, die den Einfluß der Religion auf die Entwickelung und das Handeln des Menschen als nebensächlich, als Sache des Gefühls, als subjektive Sache der einzelnen Persönlichkeit ansehen. In der Verteidigung der christlichen Weltanschauung zeigt sich das Zentrum aber nicht etwa als staatsgefährliche, sondern vielmehr als staatserhaltende Partei, denn „Justitia est fundamentum regnorum", und die Gerechtigkeit ist eine Tochter der Religion. Es wäre in unserer heutigen Zeit wahrlich zu begrüßen, wenn unsere braven Soldaten nach vollbrachter militärischer Dienstzeit nicht nur gekräftigt und gestählt am Körper, sondern auch gefestigt in ihrer religiösen Überzeugung und unerschütterlich fest in der Vaterlandsliebe in ihre Heimat zurückkehrten, um ein festes Bollwerk zu sein gegen die destruktiven Tendenzen und die zersetzenden Ideen, die sich ja leider in den weiten Schichten unseres Volkes immer mehr verbreiten und gegen die doch nur die Religion wirksam auftreten kann. Und hat nicht auch unser Kaiser und König, der sich unter das Kreuz, das Sinnbild der Erlösung, gestellt hat hier die schönen Worte gesprochen: „Glaube und Treue gegen Gott bewirken auch Treue und Liebe zum Vaterlande!" Ein wahres Mahnwort für jeden, der an dem Einfluß der christlichen Religion zweifeln sollte!

Meine Herren! Aus dem vorigen Jahrhundert ragt eine hohe und erhabene Persönlichkeit hinein nicht nur in das jetzige, sondern auch in die weiter folgenden Jahrhunderte, eine Persönlichkeit, deren Denkmal in allen großen und kleinen Städten sich findet, um die Erinnerung an eine große Zeit wach zu halten, eine Persönlichkeit, die den Ruhm und die Machtgestaltung Deutschlands geschaffen hat und deren besonders am 22. März jeder echte Deutsche in seiner dankbarsten Erinnerung und treuester Anhänglichkeit eingedenk ist: Sie wissen, es ist die erhabene und ehrwürdige Person des verewigten Kaisers Wilhelm I., Er, der Große, der Siegreiche, der sein Leben in Liebe und Arbeit für sein Volk verbracht hat und der noch kurz vor seinem Tode keine Zeit hatte, um müde zu sein, er hat 10 Jahre vor seinem Tode die schönen Worte gesprochen: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben."

Wenn das Zentrum der Verwirklichung dieses unter dem Einfluß erschütternster Ereignisse gesprochenen Wortes unerschütterlich immer wieder Rechnung trägt, dann erfüllt es eine patriotische Pflicht und ich meine, man sollte in einer Zeit, wo man die Religion als solche so häufig nur als nebensächlich, als Einschränkung der freien wissenschaftlichen Forschung, als subjektive Auffassung der Persönlichkeit bezeichnet, da sollte man dem goldenen Wort Kaiser Wilhelms I. mit goldenen Lettern eine Stelle in den Sitzungssälen der deutschen Parlamente finden lassen, und es ist erfreulich, daß in dem Streite um die konfessionelle und nicht konfessionelle Schule der Kultusminister am 16. ds. Mts. sich gegen die sogen. Staatsschule erklärt hat mit dem Hinzufügen, daß die Staatsschule nicht im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der Volksschule liege. — Aber das Zentrum ist und bleibt mit seiner christlichen Weltanschauung nun einmal der Eckstein des Anstoßes, mag es auch auf allen Gebieten der politischen und sozialpolitischen Tätigkeit noch so sehr dem staatlichen Interesse und dem Interesse des allgemeinen Volkswohles entsprechen.

Meine Herren! Wir alle wissen, wie unsere politische Stellung überall von Gegnern umgeben ist und daß die scheinbare Freundschaft unserer Gegner nur durch die Stärke unserer Wehrkraft vor dem Erlöschen bewahrt bleibt. Wenn wir nun eine kurze Rückschau halten über das, was das Zentrum zur Aufrechterhaltung einer starken Wehrkraft getan hat, so können wir nicht verkennen, daß es das zum Schutze des Vaterlandes unbedingt Erforderliche unter Rücksicht auf die Steuerkraft und die Leistungsfähigkeit des Volkes stets bewilligt hat, denn in der Liebe zu Kaiser und Reich, in der Liebe zum Vaterlande lassen wir uns von keinem andern übertreffen. Weitergehende Militärvorlagen sind vom Zentrum in den Jahren 1888, 1980, 1896, 1899, 1905 und 1911 bewilligt und unter der hervorragenden Mitarbeit des Zentrums sind in den Jahren 1898, 1900 und 1906 drei wichtige Flottengesetze zustande gekommen: das Wort, das Windthorst im Jahre 1890 gesprochen hat, „daß in Deutschland niemand ist, der nicht dasjenige bewilligte, was notwendig ist, um die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der deutschen Lande aufrecht zu erhalten und daß unsere Liebe zur Flotte nicht geringer ist als die irgend einer anderen Partei". Dieses Wort ihres Führers ist und bleibt die Richtung der Zentrumsfraktion auch für Gegenwart und Zukunft.

Meine Herren! Von ganz besonderer Bedeutung ist die Tätigkeit des Zentrums in der Sozialpolitik gewesen, und wenn auch im Jahre 1877 der im Interesse des Handwerker- und Arbeiterstandes vom Grafen Galen eingebrachte Antrag bei der liberalen Mehrheit keine Würdigung fand, sondern mit Hohn aufgenommen wurde, so legte doch schon im Jahre 1878 die Regierung einen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung sowie einen anderen betreffend die Gewerbegerichte vor, die der Freiherr von Hertling als „erste Abschlagszahlung für die Forderung des Zentrums bezw. der Arbeiterschutzgesetze" bezeichnete. Mit freudigster Genugtuung wurde vom Zentrum die kaiserliche Botschaft Kaiser Wilhelms I. vom 17. November 1881 an den Reichstag begrüßt, durch die die Gesetzentwürfe in bezug auf die Arbeiterversicherung angekündigt und durch die der Grund gelegt wurde für die umfassende und planmäßige Sozialpolitik des Deutschen Reiches und mit wärmstem Interesse und größtem Eifer hat das Zentrum an der Beratung des Krankenversicherungsgesetzes, des Unfallversicherungsgesetzes, des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes sich beteiligt. Unter wesentlicher Mitwirkung des Zentrums kam der Gesetzentwurf zur Durchführung des Arbeiterschutzes vom 6. Mai 1891 zur Annahme wie dann auch später die weiteren sozialpolitischen Gesetze und zuletzt noch im Jahre 1911 die Reichsversicherungsordnung.

Meine Herren! Erlassen Sie mir die eingehendere Ausführung der sozialen Arbeit des Zentrums, aber hervorheben will ich noch, das, wenn man die gesamte Tätigkeit des Zentrums überblickt, daß man dann nicht verkennen kann, wie das Zentrum tatsächlich ein praktisches Christentum ausübt, indem es bestrebt ist, die Worte zu verwirklichen: „Gebe Gott, was Gottes ist, dem Kaiser, was des Kaisers ist und liebe deinen Nächsten wie dich selbst."

Meine Herren! Wie Sie alle wissen, hat man dem Zentrum den Vorwurf gemacht, bei der Reichsfinanzreform das Interesse des Volkes geschädigt zu haben, aber dieser unbegründete Vorwurf ist nur ein Zeichen dafür, das kritisieren leichter ist als handeln. Tatsächlich war die Regelung der Finanzkraft nicht zu umgehen, wenn nicht die Schuldenlast des Reiches bis ins Ungeheure steigen und dadurch die Kreditfähigkeit des Staates leiden und die Machtstellung Deutschlands gefährdet werden sollte. Die Notwendigkeit der Reform war auch von allen Parteien anerkannt und nur die Art und Weise ihrer Durchführung stieß auf Schwierigkeiten. Nachdem die Großblockparteien trotz langwieriger Verhandlungen versagt hatten, ist die Finanzreform dann durch das Vorgehen des Zentrums zustandegekommen gegen die Liberalen und die Sozialdemokraten. Man mag über einzelne dieser Steuern, wie über den Kaffee- und Teezoll (37 Millionen Mark) klagen, aber man muß sich doch auch die Frage vorlegen, ob denn andere geeignetere Gegenstände zur Besteuerung vorlagen, da die Erbschaftssteuer auf Gatten und Kinder vom Zentrum aus verschiedenen Gründen nicht bewilligt werden konnte. Der Erfolg der Finanzreform habe die Richtigkeit des Vorgehens der Zentrumsfraktion ergeben, wie denn auch der Reichskanzler Bethmann-Hollweg anerkannt hat, „daß das Zentrum mit der Reichsfinanzreform dem Reich einen Dienst geleistet hat, den ihm die Verantwortung für das Wohl des Reiches auferlegt hat".

Meine Herren! Wir stehen vor einer neuen Wehrvorlage: Sie werden es begreiflich finden, wenn ich in die Erörterung der schwebenden Frage ihrer Deckung nicht näher eintrete, aber im Interesse unserer gesamten inneren politischen Lage ist zu wünschen, das die durch die Verhandlungen über die Reichsfinanzreform hervorgerufene gesteigerte Entfremdung der verschiedenen bürgerlichen Parteien wieder schwindet und daß die Lösung der Deckung der Wehrvorlage ein möglichst gemeinsames Zusammenwirken dieser Parteien im Interesse des Reiches wieder herbeiführt.

Nun zum Schluß: Wenn im alten Sparta ein Mann zum Kampf hinausgeschickt wurde, so wurde ihm ein Schild übergeben mit den Worten: „Mit oder auf ihm"! Auch Sie und alle Wähler werden, wenn sie am 22. März, ihres Vertrauens mich würdigend, zum Vertreter des Wahlkreises Münster-Coesfeld mich wählen sollten, einen Schild mit in die Hand geben, einen Schild von strahlendem Glanze, frei von jeglichem Fleck und jeglicher Trübung, einen Schild, auf dem mit eherner, unauslöschlicher Inschrift die Worte verzeichnet sind: Für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Nehmen Sie schon am heutigen Abend dann die Versicherung von mir entgegen, daß ich diesen Schild unentwegt in meiner Hand halten werde und seien Sie weiterhin versichert, daß ich, wenn ich nach einer mehr oder weniger langen Zeit wieder hier vor Ihnen stehen sollte, um Ihnen Rechenschaft zu geben über die Handlungen, die ich vollzogen habe, daß ich dann auch diesen Schild Ihnen in gleich strahlendem Glanze und ohne jegliche Trübung wieder vorlegen werde.

Meine Herren! Zum Schlusse möchte ich Sie bitten, von mir den herzlichsten und innigsten Dank entgegen zu nehmen; bitte, gestatten Sie mir, mit wenig Worten diesem meinen Dank Ausdruck zu geben, indem ich Sie bitte, stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: Die sämtlichen Wähler des Wahlkreises Münster-Coesfeld leben hoch!

Stürmischer, anhaltender Beifall folgte der mit angeregter sympathischer Aufmerksamkeit und lebhafter Zustimmung von der Versammlung aufgenommenen Rede des Geheimrats Gerlach.

Herr **Hüffer** konstatierte freudig die Sympathie und Begeisterung, mit der Geheimrat Gerlach in allen Versammlungen und so auch heute abend von seinen Wählern empfangen ist. Daraus darf man mit Recht schließen, daß Geheimrat Gerlach der richtige Mann für unsern Wahlkreis ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Nach einer kurzen Pause hielt der Generalsekretär der westfälischen Zentrumspartei, Herr **Brand** eine kurze, trefflich charakterisierende Rede über die gegenwärtige Lage unserer inneren und äußeren Politik, die ja auch Geheimrat Gerlach schon kurz gezeichnet hatte. Redner ging aus von der maßlosen Hetze bei der letzten Reichstagswahl. Die Folge dieser Hetze war eine ungeheure Anschwellung der sozialdemokratischen Stimmen. Mit 110 Mandaten sind die Sozialisten in den Reichstag gezogen. Das ist kein erfreuliches Zeichen und keine Ehre für das deutsche Volk. Doch haben jetzt die Sozialdemokraten Gelegenheit, zu beweisen, ob sie in der Lage sind, positive Arbeit zu leisten. Indes, es ist gewiß, sie werden nichts leisten, zumal so manche junge, unruhige Elemente unter ihnen sind. Besonders ist auch zu beklagen ein gewisser Niedergang des Parlamentarismus, der hervorgerufen ist durch die sozialdemokratischen Elemente. Es ist beklagenswert, wie unser kleines, modernes Geschlecht mit den Gütern haust, die unsere Vorfahren mit ihrem Blute eroberten.

Das Zentrum wird in dieser unruhigen Zeit der Gärung wie bisher ruhig und patriotisch weiter arbeiten. Der roten Flut wird es eine Arbeitsmehrheit, eine bürgerliche und patriotische Mehrheit entgegenstellen, die positive Arbeit leistet. Redner berührt dann den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Der Ausfall des Streiks konnte schon vorher keinem Einsichtigen verborgen bleiben. Die Verantwortung für diese Niederlage tragen wieder einmal die sozialdemokratischen Hetzer. Bedauern müssen wir nur die armen Opfer einer solcher Bewegung, die dadurch in ihrem wirtschaftlichen Vorwärtskommen arg gefährdet sind. Unsere Sympathie müssen wir aber den christlichen Arbeitern im Streikgebiet aussprechen, die echten Mannesmut bewähren. (Bravo.) Redner besprach weiter die äußere Politik in großzügiger, kritischer Darstellung. Auch hier sind wir wieder in einer kritischen Lage. Gott sei Dank ist uns — nicht zuletzt durch unsern Friedenskaiser Wilhelm — der Friede noch erhalten geblieben, aber die Verhältnisse mit dem Auslande, namentlich mit England, sind doch sehr gespitzt.

In diesen gefährlichen Verhältnissen liegt die Begründung der Flotten- und Heeresvorlage, bei der das Zentrum seine Hülfe nie versagt hat und nie versagen wird, wenn die Notwendigkeit befiehlt und eine Deckung gefunden werden kann. Darin zeigt das Zentrum wahren Patriotismus. Nach kurzer Besprechung der Steuerfragen charakterisierte Redner die Lage der inneren wie äußeren Politik als allgemein unsicher. Das Zentrum blickt jedoch, gestützt auf seine innere und äußere Einigkeit, ruhig in Zukunft. Nach beherzigenswerten Worten über den Frieden in der Zentrumspartei schloß Herr Brand seine mit herzlichem Beifall aufgenommene Rede mit einer eindringlichen Mahnung zu zahlreicher Beteiligung an der Reichstagswahl am Freitag. (Stürmischer Beifall.)

Herr Hüffer sprach dem Redner den Dank der Versammlung aus und mahnte ebenfalls, am Wahltag, Mann für Mann zur Wahlurne zu schreiten und sich ein Beispiel an den ländlichen Bezirken des Wahlkreises zu nehmen. Herr Hüffer brachte dann ein Hoch auf Geheimrat Gerlach aus, in das die Versammlung freudig und begeistert einstimmte. Dann schloß er wie begeistert verlaufenen Versammlung gegen 10 Uhr.

♂ **Greven**, 20. März. Der Ortsausschuß der Zentrumspartei Greven hatte seine Mitglieder auf gestern abend zu einer Versammlung im großen Winninghoffschen Saale berufen. Um 7½ Uhr wurde die Versammlung durch den Ortspfarrer Schwering eröffnet. Nachdem er die Erschienenen begrüßt hatte, trug er zunächst die Umstände vor, welche eine Ersatzwahl veranlaßt hatten, er gedachte des bisherigen Vertreters des Kreises im Reichstage, Freiherrn von Hertling, und feierte ihn als einen Mann, welcher die Fahne des Zentrums stets hochgehalten habe. Er stellte sodann den vom Kreiswahlkomitee vorgeschlagenen Reichstagskandidaten, den Geheimen Medizinalrat Dr. Gerlach aus Münster, der Versammlung vor. In halbstündiger Rede erklärte dieser zunächst, daß es ihm wegen der Kürze der Zeit nicht möglich sei, eine große Programmrede zu halten. Er könne nur sagen, daß er die Zentrumsidee stets hochhalten und immer treu zur Fahne stehen werde, welche die Devise trage: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht". Großer Beifall bewies, daß seine Worte den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen waren. Hierauf hielt noch der Rentner Eickholt einen längeren Vortrag über die Zentrumspartei. Seine stellenweise mit Humor gewürzten Ausführungen fanden ebenfalls reichen Beifall. Zum Schluß dankte der Pfarrer Schwering den Rednern und forderte die Anwesenden zu einem Hoch auf den neuen Reichstagskandidaten auf, in welches die Versammlung kräftig einstimmte. Er forderte dann noch auf, am Wahltage vollzählig an der Wahlurne zu erscheinen.

Aus der Stadt.

Münster, 21. März.

○ **Der 6stündige Vormittagsunterricht vom ärztlichen Standpunkt.** Der Verein der Ärzte Münsters hat sich durch die mehrfach in den Tagesblättern erschienenen Abhandlungen über die Einführung des 6stündigen ungeteilten Vormittagsunterrichts an höheren Lehranstalten veranlaßt gesehen, diese Frage vom gesundheitlichem Standpunkte aus zum Gegenstand eingehender Erörterungen zu machen und ist mit überwiegender Mehrheit zu der Überzeugung gelangt, daß der ausschließlich 6stündige Vormittagsunterricht vom gesundheitlichen Standpunkte aus zu verwerfen sei. Als Gründe für diese Auffassung sind anzusprechen: 1. zu langdauernde hohe Anspannung des jugendlichen Geistes sowohl als des Körpers, 2. Unzweckmäßigkeit in der Verteilung der täglichen Nahrungsaufnahme mit ihren ungünstigen Folgen auf die Gesamternährung, 3. Verkürzung des Schlafes. Auch die anderweitigen, für und gegen den ungeteilten 6stündigen Vormittagsunterricht sprechenden Gründe vom Standpunkte der Familie, der Erziehung und des Unterrichts aus sind bei den Erörterungen behandelt worden, doch nimmt der Verein davon Abstand, zu der Frage von diesen Gesichtspunkten aus sich zu äußern.

○ **Einjährigen-Prüfung.** Der Einjährigen-Prüfung an der Oberrealschule hatten sich 28 Untersekundaner unterzogen; es bestanden 25; 12 wurden von der mündlichen Prüfung befreit.

○ **Ein Wäschedieb** wurde am Mittwoch morgen gegen 6 Uhr auf der Neustraße gestellt. Ein Mann mit einem Sack auf dem Rücken kam einem Polizeibeamten verdächtig vor, weshalb er ihn zur Rede stellte. Er gab an, den Sack auf der Hüfferstraße gefunden zu haben. Der Beamte führte den Mann zur Wache, wo sich herausstellte, daß der Sack eine Menge weißer Wäschestücke enthielt, welche er jedenfalls von einer Bleiche gestohlen hatte.

♂ **Von der Straße.** Überfahren wurde am Mittwochnachmittag auf der Ludgeristraße ein Depeschenbote von einem Peterschen Wagen. Er geriet vor das Hinterrad und wurde 2 Meter mitgeschleift, ehe das Rad über ihn ging. Der Unfall sah sehr gefährlich aus. Der Bote kam aber mit einigen leichten Verletzungen am Kopf und Beinabschürfungen davon.

Gerichtszeitung.

Berlin, 20. März. (Drahtb.) In dem Spielerprozeß gegen den Grafen Wolff-Metternich und Bujes wurde heute nachmittag das Urteil gefällt. Bujes wurde wegen wiederholten Betruges zu einer Gesamtstrafe von 2½ Jahren Gefängnis verurteilt, in einem Falle wurde er von dem Betruge freigesprochen. Graf Wolff-Metternich wurde nur wegen Betruges in einem Falle, dem Falle des Kellners Zierenberg, zu einer Woche Gefängnis verurteilt, welche durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wird; in den übrigen Fällen von Betrug, insbesondere auch wegen Falschspieles, wurde Graf Wolff-Metternich freigesprochen.

Magdeburg, 20. März. (Drahtb.) Das Jugendgericht verurteilte heute den Schüler Koch, der im Oktober dem Oberlehrer [illegible] des hiesigen Realgymnasiums durch Revolverschüsse ver[illegible] und darauf einen Selbstmordversuch unternahm, wegen [illegible] Totschlages zu 4 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft.

Luftschiffahrt.

‡ **Coesfeld**, 20. März. (Drahtb.) Eine große Freude bereitete heute abend der Gradeflieger Krumsiek den Bewohnern unserer Stadt dadurch, daß er von dem 5 Klm. von hier entfernten Rennplatz Klye geflogen kam und einen schönen Flug über die Stadt machte. Nachdem er die Stadt überflogen hatte, wendete er und flog zum Startplatz zurück, wo er glatt landete. Von der Absicht, am Sonntag und Montag Schauflüge zu veranstalten, mußte er wegen des ungünstigen Wetters Abstand nehmen. Diese sollen jetzt am kommenden Sonntag stattfinden.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 20. März. (Eig. Drahtb.) Zur zweiten Lesung des Etats des Reichsamts des Innern beantragt die sozialdemokratische Fraktion, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die sogenannte Abonnentenversicherung verboten wird.

Berlin, 20. März. (Drahtb.) Der Reichsanzeiger meldet die Ernennung des Vortragenden Rates im Reichsjustizamt Geh. Oberregierungsrats Jahn zum Unterstaatssekretär des Reichsschatzamtes.

Berlin, 20. März. (Drahtb.) Die vor einigen Tagen verbreitete Meldung, daß der Führer der Insurgenten, Zapatan, deutsche Frauen auf grausame Weise getötet habe, gab zu amtlichen Ermittelungen Anlaß, in denen festgestellt wurde, daß in Mexiko von derartigen Vorgängen nichts bekannt ist.

Madrid, 20. März. (Drahtb.) Ministerpräsident Canalejas erklärte, daß Garcia Prieto dem französischen Botschafter eine Note überreicht habe, von der er hoffe, daß sie als Grundlage zu einer Verständigung dienen werde.

Tripolis, 20. März. (Drahtb.) Die italienischen Luftschiffe kreuzten gestern über den feindlichen Lagern bei Suani und Ben Aden. Sie warfen gegen 30 Bomben herab, die mit sichtbarem Erfolge explodierten, trotzdem die Araber bei der Annäherung der Luftschiffe nach allen Richtungen flüchteten. In der Stadt finden sich immer mehr flüchtige Araber ein, teilweise mit Waffen und Munition und vielfach mit Vieh.

Konstantinopel, 20. März. (Drahtb.) Der englische Botschafter stattete dem Minister des Äußern, Assim Bey, gestern einen Besuch ab. Der Besuch soll, wie der „Tanin" meldet, bezwecken, bei der Pforte über die italienischen Vorschläge zu sondieren. Nach dem Besuch berieten die Minister des Krieges, des Innern und des Äußern über die Erklärungen des englischen Botschafters.

Essen, 20. März. (Drahtb.) Wie der Bergbauverein (Zechenverein) mitteilt, sollten bei der letzten Nachtschicht anfahren 20 595 Bergleute, angefahren sind 15 787, so daß 22,86 Prozent fehlen. Bei der letzten Mittagsschicht sollten anfahren 44 843, angefahren sind 31 712 Bergleute: es fehlten somit 28,48 Prozent.

London, 20. März. Der Bergarbeiterverband unterzog heute früh dem Gesetzentwurf betreffend den Mindestlohn der Bergarbeiter einer Prüfung. Es heißt allgemein, daß für die Wiederaufnahme der Arbeit kein überwindliches Hindernis mehr bestehe, wenn der Entwurf zum Gesetz wird. Die Delegierten der schottischen Bergwerksbesitzer wurden telegraphisch verständigt, daß die Bergleute unter gewissen Bedingungen am Montag wieder einfahren wollen.

Washington, 20. März. Präsident Taft erkannte durch die Berufung des Präsidenten der Gewerkschaft der Kohlenarbeiter im Weißen Hause die Gefahr des allgemeinen Kohlenarbeiterstreiks als vorliegend an, und erklärte, daß er nicht beabsichtige, zu intervenieren, sondern nur Fühlung behalten wolle. Auch mit den Besitzern von Kohlenbergwerken hatte Taft eine Rücksprache.

Handel und Industrie.

△ **Neuenkirchen**, 20. März. Der heute hier abgehaltene Viehmarkt war gut besucht. Rindvieh war mäßig angetrieben, der Handel darin bei hohen Preisen zufriedenstellend. Für Ferkel, die in mäßiger Anzahl vorhanden waren, erzielte man 2,75 Mark bis 3,00 Mark die Alterswoche, größere sogenannte Läufer wurden mit 25 bis 40 Mark bezahlt. Fette Schweine kosten 48 bis 50 Mark die 100 Pfund Lebendgewicht.

Circus Corty-Althoff

Eröffnung:
in Münster — Neuplatz —
am 7. April cr. (1. Osterfeiertag).

Grosser Posten
Weisse Damaste in **doppelt. Breite** p. Meter **1.08**

Grosser Posten
Rote Damaste in dopp. Breite, schwere Ware p. Meter **1.27**

Grosser Posten
Cowlas 150 cm breit . . . **78 ₰**

Neuheiten! ca. **150 Anzüge:**

Posten **Knaben-Anzüge** in allen Grössen zum Aussuchen **3.90**

S. Gumprich
Neubrückenstrasse 19.

Achtung!



Der große billige Fischverkauf der **Geestemünder Fischhandlung** findet wieder von heute Donnerstag früh bis Freitag mittag auf den bekannten Verkaufsständen, Hafen-Roland u. Agidienplatz, statt und wird in allerfeinster Ware zu billigsten Tagespreisen angeboten:

Ia. Schellfisch, groß 2—3pfündig, Bratschellfisch, große Kochschollen 1½—3pfündig, große Jungen, Stint, Cardonadenfisch, Kabeljau u. Seeaal, grüne Heringe, Knurrhahn, feinsten Heilbutt usw.
Ferner ff. geräucherte Bücklinge und Sprotten.

Bitte um recht regen Zuspruch.

Gut'en bürgerlichen
Mittags- u. Abendtisch
für bessere Herren in nächster Nähe des Servatiiplatzes.
Näh. Geschäftsstelle.

Eine junge, schwere
hochtrag. Kuh zu verkaufen.
Klüsener,
Venne bei Senden.

Wolff & Co.

Salzstr. 37, nur I. Etage.

Preise und Auslagen nur für Donnerstag u. Freitag gü tig.

Solange Vorrat reicht!

Grosse Posten
70 cm br. Foulard mod. dunkle und helle Dessins Meter **75 ₰**

Grosse Posten
Reinwoll. Blusenstoffe ca. 500 versch. Muster Meter 1.00 **50 ₰**

Grosse Posten
Bordürenstoffe für Blusen und Kleider, mit Seide bestickt, ca. 400 versch. Muster Mtr. 1.00 **75 ₰**

Grosse Posten
Schotten für Kinderkleider doppeltbreit, blau-grün etc. Meter **88 ₰**

Grosse Posten
Voile 110 cm breit schwarz. reine Wolle, gute Kleiderware **1.00**

Grosse Posten
Seidenbatist 120 cm breit . . . . Meter **55 ₰**

Grosse Posten
Zephir f. Herrenhemden garantiert waschechte Qualität, in den neuesten Tupfen- u. Streifen-Dessins Mtr. **60 ₰**

Grosse Posten
Leinen, hellblau für Kleider u. Blusen, feste gute Ware **59 ₰**

Bastleinen mit prachtvollem Seidenglanz, 120 cm br. für Jackenkleider sehr geeignet Meter **1.45**

Grosse Posten
Flauschstoff reine Wolle, in allen modernen Unifarben, für Matinés und Morgenröcke 130 cm breit . . . Meter **2.90**

Grosse Posten
Matine-Stoffe türkisch, reine Wolle, in neuesten Farben Meter **1.25**

Satin-Taschentücher türkisch, sehr schöne Muster waschecht . . . . Stück **30 ₰**

Sehr billig.
1000 Stück Feston
echt Schweizer Stickereien
Serie I 4½ Meter **50 ₰**
Serie II 4½ Meter **75 ₰**
Serie III 4½ Meter **95 ₰**

Rohnessel, 160 cm breit, gute westf. Ware Meter **48 ₰**

Empfehlung zur jetzigen
Pflanzzeit:
Ziersträucher, Coniferen, Rosen, Kirschlorbeer, Aucuben usw.
W. Bussmann,
Mühlenweg 28, am Bohlweg.



Eilt! Geld!
Nur noch 2 Tage!
In letzter Stunde
ist es mir gelungen, ein kleines Postchen Lose der beliebten Königsberger otterie aufzukaufen!
Dieselben sind schon seit längerer Zeit fast allerorts ausverkauft.
50 000 Gew.
25 000 9. Hauptgew.
15 000 1. Hauptgew.
Königsberger Lose 1 Mk. Glückslose 11 Lose 10 Mk., empfiehlt und versendet Glückskollekte
August Rolef,
Münster i. W., Markt 37.

»» **Kochherd-Lager** ««
ohne Laden.
Ofenbau und -Setzerei
Carl Jordan
Südstr. 32, Nähe Ludgeriplatz.

Meyers Konversationslexikon
fünfte Auflage, gut erhalten, zu verkaufen. 153a
Näh. Geschäftsstelle d. Bl.

Wie kleiden wir unsere Knaben?

Diese Frage macht vielen Eltern Sorgen, da sie ihre Sprößlinge jetzt zum Frühjahr auch gern nach der neuesten Mode kleiden möchten. Aber nicht allein die Mode, sondern auch die Zweckmäßigkeit spielt dabei eine große Rolle. Hier greift das große Spezialgeschäft zur rechten Zeit beruhigend ein. Seine Riesenläger bieten in allen erdenklichen Mode-Neuheiten eine tausendfältige Auswahl, die den Einkauf bedeutend erleichtern. Vom kleinsten Baby-Kleidchen bis zum Spiel-Anzug, vom ersten Schul-Anzug bis zu den Spezialgrößen für junge Herren finden Sie hier jede Preislage, jede neue Modeschöpfung vertreten.

Erprobte Strapazier-Stoffe und beste Näharbeit bedingen größte Haltbarkeit
Die ganz gewaltigen Abschlüsse und enormen Umsätze ermöglichen die allseits anerkannte
hervorragende Preiswürdigkeit

Jacken-Anzüge mit Gürtel und garnierten Taschen
Jacken-Anzüge mit Revers, Überkragen und großen, eleganten Knöpfen
Hochgeschlossene Anzüge, zweireihig mit Wäschekragen und Lavallers
Kieler Blusen-Anzüge
Englische Blusen-Anzüge
Amerikanische Blusen-Anzüge
Norfolk-Falten-Anzüge
Kittel-Anzüge
Sweater-Anzüge
Pyjacks und Capes

H. HETTLAGE
Groß-Etablissement für moderne Herren-, Jünglings- u. Knabenkleidung
Münster Bielefeld



Fluß- und Seefische
— aller Arten, —
— empfiehlt in prima — Qualität
Hamburger Fischhandlg.
Neubrückenstraße 2.
Filiale: Ludgeristraße 4.
— Fernsprecher 197. —

Junge Zwergschnauzer u. 6 guterhaltene **eiserne Mistbeetfenster** billig abzugeben.
Raesfeldstraße Nr. 25.

Königliches Paulinisches Gymnasium

Anmeldungen für die **Sexta** am 29. März, 8—11 Uhr, für die Quinta von 11—12 Uhr Zimmer 20. Anmeldeblätter sind zu haben beim Schuldiener.
Der Direktor:
Dr. Widmann.

Kathol. Realgymnasium
zu **Papenburg** (Ems).

Das neue Schuljahr beginnt Dienstag, den 16. April; die Aufnahmeprüf. am 15. April. In allen Klassen ist noch reichlich Platz. Staatl. Schulgeldsätze. Gute und billige Unterkunft bei besseren Familien. Gesunde Luft, ländliche Stille und Lebensweise. Tägl. Gelegenheit zur Körperpflege. Gemeinsame Musikübungen. Leseräume mit Büchereien u. ausgelegten Illustrationswerken. Unentgeltlicher wahlfreier Unterricht in Hebräisch, Griechisch, Stenographie, Kunstgeschichte u. Handfertigkeiten.
Der Direktor:
Dr. Nolte.

Dortmunder Kind'l.

Karola-Sänger
Leipzig.
Beste, vornehmste, schneidigste und vielseitigste Herrengesellschaft Deutschlands (8 Herren).

Heute, Donnerstag:
Vollständig neues Programm!

Schloßgarten-Saal.
Heute:
Kein Konzert.

Verein ehem. Kameraden des 16. Armeekorps
Münster i. W.
Freitag, den 22. März 1912, abends 8½ Uhr:
Monatsversammlung
im Vereinslokal Clemensstr. 31
Der Vorstand.

Stadt-Theater.
Donnerstag, d. 21. März, 8 Uhr:
— **Der Mikado.** —
Burleske Operette von Sullivan.
Erhöhte Preise.
Freitag, den 22. März, 8 Uhr:
Ruhrmann Henschel.
Schausp. v. Gerhard Hauptmann
Gewöhnliche Preise.



Frühjahrsform 1912.
Elegant und sehr kleidsam.
In Wollfilz:
Mark: 2.50, 3.00, 3.50, 4.00, 4.50, 5.00,
In Haarfilz:
Mark: 6.00, 6.50, 7.00, 7.50, 8.00, 9.00
(15b Grösste Auswahl.
Otto Liessem.
Fernruf 960. Salzstrasse 45.

Geeste-münder **Fisch-handlung.**
Der große billige **Fischverkauf** befindet sich jetzt mitte der Aegidiistraße, Ecke Grüne Gasse, nähe des kath. Gesellenhauses.
Geestemünder Fischhandlung.

Betriebskapital in jeder Höhe an gutbeaust. Firmen sofort. Off. u. **E F 697** an die Geschäftsstelle.

RENNE
Nachmittags- und Abendkonzerte.
Wunschabend.
Pariser Philharm. Orchester
Kysilka.

Lichtspielhaus
Münster, Salzstrasse 25.

Nur noch heute und morgen!
Das glänzende
Doppel-Programm.
Erster Schlager:
Gesprengte Fesseln.
Zwei-Akter.
Zweiter Schlager:
Künstlerleben.
Roman in zwei Akten.
Moderne Flugzeuge.
Hochinteressant.
In der Wolfshöhle.
Drama.
Humoresken, Dramen, Naturaufnahmen
etc. etc. etc.
Beginn 2 Uhr nachmittags.

Geestemünder  **Fischhandlg.**
Heute und morgen großer Fischverkauf
in meinem Geschäft Bäckergasse 2.
Empfehle alle Sorten Fluß- u. Seefische in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
Geestemünder Fischhandlg. Hambrock a. Neuplatz, Telephon 866.

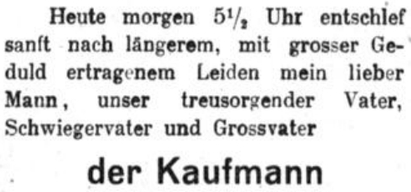
Heute morgen 5½ Uhr entschlief sanft nach längerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater und Grossvater

der Kaufmann
Emil Hacke
im 74. Lebensjahre.

Rheine, den 20. März 1912.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Georgine Hacke.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 23. März, nachmittags 3½ Uhr, statt. Trauerfeier im Hause um 3 Uhr.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern mittag 1 Uhr unsere liebe Tochter, Schwester und Schwägerin

Franziska Offermann

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Sie starb nach längerer, schmerzvoller, mit großer Geduld ertragener Krankheit, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel, mehrmals gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente, im 22. Lebensjahre.

Ihre liebe Seele empfehlen wir der christlichen Fürbitte.

Amelsbüren, den 20. März 1912.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet statt zu Amelsbüren, am Samstag, den 23. d. Mts., morgens 9 Uhr, gleich darauf das feierliche Seelenamt.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche anzusehen.

---

†
Das
Jahres-Seelenamt
für den verstorbenen
Privatier
Jos. Albertz
findet statt am Freitag, den 22. März, morgens 8 Uhr, in der Liebfrauenkirche, wozu freundlichst eingeladen wird.

---

†
Das
Jahres-Seelenamt
für den verstorbenen
Herrn
Fritz Kittemaker
findet Freitag, den 22. März, morgens 9 Uhr, in der St. Antonius-Kirche statt.